

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628. Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in  
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,  
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33 819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelt gepaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postfach-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Sonnabend vorm. 10 Uhr.

Nr. 32

Sonnabend, den 10. August 1929

33. Jahrgang

## Die Anträge zum Verbandstage

In Nr. 30 des „Steinarbeiters“ sind die Anträge den Verbandsmitgliedern zur Kenntnis gekommen. Ohne den vom Verbandsvorstand in gemeinsamer Beratung mit dem Verbandsausschuß gestellten, sind es 270 Anträge, die von den Verbandsfilialen und Konferenzen eingereicht wurden. Alle diese Anträge wurden durchweg vom überflüssigen Wortballast befreit, wurden, ohne natürlich an deren Sinn und Tendenz zu ändern, erst zurechtgehoben; einige mußten auch in der Form etwas gemildert werden. Ueber diese notwendige Gestaltungsarbeit an den Anträgen dürfte es kaum eine Meinungsverschiedenheit oder gar Streit mit der Verbandsleitung geben. Auch drucktechnisch war die Vereinfachung geboten, sonst hätte ein achtfertiger „Steinarbeiter“ nicht ausgereicht zum Abdruck; übrigens wird der Originalwortlaut aufbewahrt und steht dem Verbandstag natürlich zur Verfügung.

Wer nun von den Mitgliedern die Anträge aus den Zahlstellen zu den Verbandstagen im letzten Jahrzehnt noch in Erinnerung hat, soweit ihr Inhalt und allem ihre Tendenz in Frage kommt, der wird mit der Redaktion feststellen können, daß unter den in Nr. 30 veröffentlichten wiederum einige recht unscheinbar gewordene Lädenhüter sind, über die der Verbandstag nun abermals entscheiden soll. Im weiteren wird gewiß mancher Kollege beim Lesen der Anträge eine Grimasse darüber ziehen, daß es überhaupt möglich ist, solche Anträge zu produzieren, die dann sogar noch von Zahlstellen mit ihrem Namen gedeckt werden und somit als deren einheitlicher Wille nach außen zur Geltung kommen. Das war leider schon immer so und wird wohl auch auf lange Zeit noch bleiben. Einigen Anträgen aber merkt man an, daß sie auf beruflich- und verbandsfremder Erde gewachsen sind. Wahrscheinlich wurden diese Anträge, wie schon bei früherer Gelegenheit festgestellt wurde, auch diesmal den direkten Antragstellern vor oder in der Verbandsleitung in die Hand gedrückt und dann einzeln damit so ungefähr renommieren, wie das ein allseitig helpottelter Sonntagsjäger macht, der sich die Hasen und das andere Jagdgebiet heimlich vom Wildbrethändler in seinen Rudrad steden läßt, dessen ungeachtet aber zu Hause als ein großer Jäger gilt. Diese verbandsfremde Antragsmethode von gesinnungsunwürdigen und geschäftigen Dritten im Hintergrunde ist längst nicht mehr neu, ebensowenig wie die betreffenden Anträge inhaltlich und in ihrer Tendenz neu sind. Denn diese „neuen“ alten Anträge haben, ähnlich wie ein Ei dem anderen, bereits in anderen Gewerkschaften vorgelegen, die vor uns ihren Verbandstag abhielten. Solche Überweisanträge wurden dort regelrecht abgelesen wie Blindgänger im Steinbruch. Das geschieht fast durchweg schmerzlos und ohne viele Worte. Wir haben nun das Vertrauen zu unserem Verbandstage in Berlin, daß er es ebenso machen wird. Die Anträge, auf die das Vorstehende zutrifft, behandeln wir an dieser Stelle nicht. Jeder aufmerksame Leser und jedes interessierte Verbandsmitglied findet übrigens diese Blindgänger schon von selbst heraus.

Sonderst man nun von den Anträgen die Lädenhüter und jene ab, die von außen hereingewebelt wurden, dann bleiben noch genug übrig, die ernstlich geprüft werden müssen, ob sie sich dazu eignen, unserem zum Kampf und zum Schutz der Verbandsmitglieder bestimmten Verbandsrüstzeug eingefügt zu werden. Unter „Kampf und Schutz“ ist überhaupt das gesamte wirtschaftliche Leben des einzelnen Verbandsmitgliedes zu verstehen. Um nun den Kampf der Mitglieder und den Schutz für sie wirksam zu gestalten, bedarf es in erster Linie geldlicher Mittel, die bekanntlich nur von den Mitgliedern aufgebracht werden können oder präziser ausgedrückt, aufgebracht werden müssen. Andere Geld- oder Einnahmequellen stehen uns nicht zur Verfügung. Werden nun die Mittel zurückgehalten oder wie es im Sprachgebrauch heißt, damit gekaufert, sei es aus Unkenntnis, Voreingenommenheit oder mit bewußter Absicht, dann leidet darunter nicht nur der Kampf, sondern auch der Schutz für die Kämpfer. Darüber helfen keine Worte von „Kampforganisation“ und keine ähnlichen Anträge hinweg; denn das eine kann man nicht gut zugunsten des anderen vernachlässigen, weil eins das andere bedingt. Im übrigen ist es eine alte strategische Wahrheit, daß es sich nicht nur besser und überlegener, sondern auch viel kraftvoller kämpft, wenn die Dedung — eben der persönliche Schutz für die Kämpfer — gut und sicher ausgebaut ist. In diesem Sinne sind die Anträge für und gegen höhere Beitragsleistung, für und gegen die Unterstützungseinrichtungen im einzelnen wie im ganzen zu werten.

Soweit die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes in Betracht kommen, verweisen wir auf die beiden vorzüglichen Abhandlungen unseres erfahrenen Kollegen A. Knoll in Nr. 30 und 31 des „Steinarbeiters“ (Das unsterbliche Schlagwort usw.). Es erübrigt sich deshalb für uns, jene Anträge zu behandeln, die bestehende Unterstützungseinrichtungen durchaus abschaffen wollen und jene Anträge, die sich gegen jede Neuerung auf diesem Gebiete wenden. Das „für und gegen“ wird die übliche Statutenberatungskommission eingehend zu prüfen haben, unter Berücksichtigung dessen, was von der gesamten Verbandsleitung zur Festigung und zum Ausbau des Verbandes vorgeschlagen wurde.

Zum Bericht des Verbandsvorsitzenden liegen allein 42 Anträge vor. Mindestens die Hälfte davon will Selbstverständliches auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung, soweit dabei Haltung und Handlungen unseres Verbandes mit den anderen Verbänden im Rahmen des ADGB in Betracht kommen. Selbstverständlichkeiten deshalb, weil die Gesamtheit der Verbände das Beantragte längst, längst in die Wege geleitet hat, überhaupt dauernd in dem Sinne der Anträge tätig ist. Wenn es der Anregung dazu erst durch die vorliegenden Anträge bedurft hätte, würde es sicherlich recht faul auf dem Gebiete aussehen und auch zu spät sein. Auf ähnlicher Linie liegt die aus Mitgliederkreisen beantragte Neuanstellung von zwei Sekretären für das Hauptbüro, sogar — eines Juristen. Das letztere ist besonders eigenartig! Man wird die Begründung abwarten müssen. Die Verbandsleitung in ihrer Gesamtheit hat jedenfalls noch kein Verlangen in der Richtung der Neuanstellung geäußert. Bisher war die Praxis doch so und wird wohl auch in Zukunft so bleiben, daß zuerst von der in Frage kommenden Stelle das Verlangen zu Neuanstellungen ausging. Soll es jetzt umgekehrt gemacht werden, dann ist das nicht nur ein befremdlicher, sondern auch ein unpassender Weg. Aber wie gesagt, die Begründung möchten wir erst hören, natürlich mit dem Nachweis, daß bisher etwas versäumt wurde zum Schaden der Verbandsmitglieder und damit der Organisation.

## Die zehnte Verfassungsfeier und die Gewerkschaften

Am 11. August dieses Jahres jährt sich zum 10. Male der Tag, an dem die gegenwärtige Reichsverfassung in Kraft gesetzt wurde. Als sie der damalige Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnete, ahnte wohl niemand, daß sich unter dem Schirm dieser Verfassung das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands so rasch und umfassend konsolidieren würde. Die Arbeiterchaft hat allen Grund, am Tage des zehnjährigen Bestehens der Reichsverfassung sich mit dieser selbst und mit deren Wirksamkeit zu beschäftigen. Denn sie ist das Fundament und der Träger der Reichsverfassung. Wenn wir uns 10 Jahre zurückversetzen, so zittert in uns eine Zeit nach, wo manches in trübem Dunkel gehüllt war. Das arbeitende Volk Deutschlands hatte die politische Staatsgewalt ergriffen, doch tauchten in einsichtigen Köpfen bange Zweifel auf, ob diese Herrschaft infolge der mangelhaften Vorbedingungen auf die Dauer gehalten werden könnte. Die Mehrzahl der Arbeiter und mit ihnen die Gewerkschaften entschieden sich für die politische Demokratie. Sie sahen in der neuen Staatsverfassung nicht ihr Endziel, sondern den Boden, auf dem die Arbeiter ihren entscheidenden Einfluß auszuüben gewillt waren, nach der Richtung, die endgültige Herrschaft der Arbeiterklasse vorzubereiten. In der Weimarer Verfassung war vieles verwirklicht, was die Arbeiter seit Jahrzehnten erstrebt hatten. In dem Artikel 1 der Verfassung, der da lautet: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, sah die deutsche Arbeiterchaft eine Verwirklichung des Grundsatzes der Demokratie. Das Prinzip der Volkshoheit war dadurch zum beherrschenden System erhoben. Und da die Mehrheit des deutschen Volkes aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, so ruht in dieser breiten Schicht der herrschende Faktor, durch den und mit dem alle Politik in Deutschland ihre Zielsetzung erhält. Noch ist diese zur Herrschaft berufene breite Schicht des Volkes nicht reif, ihre eigenen Geschicke in die Hand zu nehmen und zu meistern. Ein großer Teil, wenn nicht die Mehrheit, gibt nicht sozialistischen, sondern den sogenannten bürgerlichen Parteien seine Stimme. Namentlich hat sich das Frauenwahlrecht in dieser Beziehung noch nicht als das bewiesen, was von ihm erhofft wurde. Hier ist noch eine jahrelange Aufklärung notwendig, um den breiten Schichten den Gedanken näherzubringen, daß ihr eigenes Geschick in ihre Hand gelegt ist. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, den deutschen Arbeitern und den deutschen Arbeiterfrauen einen klaren, unheugamen Willen in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen beizubringen.

Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist noch nicht soweit zu seinem Verfassungstage, wie Gottfried Keller es ersehnt und besungen hat, „an einem frohen Sommertag das ganze Volk zum Fest des freien Volksstaates zu vereinigen“. Ein großer Teil deutscher Volksgenossen arbeitet mit allem Nachdruck daran, den alten Klassenstaat wieder aufzurichten. Es sind in der deutschen Bevölkerung noch massenhaft rückständige Elemente vorhanden, die sich mit der neuen Zeit nicht ausöhnen können. Diese arbeiten daran, nötigenfalls mit Gewalt, die Uhr der Zeit zurückzubringen. Wenn wir auch die feste Ueberzeugung haben, daß dies nicht gelingen wird, so sind diese Bestrebungen doch als ein Faktor der politischen Unruhe zu werten. In dem Kampf der Reaktion spielt die Weimarer Verfassung eine große Rolle. Doch den Saft schlägt und den Esel meint man. Man will mit der Beseitigung der Reichsverfassung den Einfluß des arbeitenden Volkes auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens ausschalten. Darum geht in der Hauptache der Kampf. Und deshalb ist uns die gegenwärtige Reichsverfassung mehr als lediglich eine politische Einrichtung. Mit der Stabilisierung der gegenwärtigen Verfassung schließt sich zugleich der Einfluß der Arbeiterklasse in den großen Schaltwerken der Politik und des öffentlichen Lebens. Wenn wir das wollen, muß unser Ziel darauf gerichtet sein, den Flugand der Unentschlossenheit zwischen den Parteien, das Heer der Verbitterten und Verärgerten zu verringern und zu beseitigen.

Gerade auf diesem Gebiete zeigt es sich, daß die jahrhundertelange Erziehung des deutschen Volkes in falsche Bahnen gelenkt war. Das deutsche Volk ist nicht dazu erzogen, seine eigenen Geschicke selbst zu meistern. Noch heute hat es Gültigkeit, was der große Gelehrte und Denker Aristoteles vor mehr als 2000 Jahren sagte: „Das wichtigste für den Bestand einer Staatsform ist eine der Verfassung angemessene Erziehung. Die heilsamsten Gesetze,

hervorgegangen aus einmütiger Entschliebung aller Staatsbürger, fruchten nichts, solange nicht Sorge getragen wird, daß die einzelnen sich in sie hineinleben und im Geiste der Verfassung erzogen werden.“ Hiermit wird eines der dunkelsten Kapitel der Nachkriegszeit berührt. Noch heute ist die Jugend in Deutschland einer reaktionären Gesinnung, die sich auf den Kathedern der Schulen breit macht, ausgeliefert. Die letzten Demonstrationen der Hochschulg Jugend gegen die Anordnungen der preussischen Staatsregierung haben dies deutlich gezeigt. Leider erweist sich die Republik zu schwach, um hier mit eisernem Besen auszufahren. Da ist es ein Glück, daß sich die deutsche Arbeiterchaft in den Gewerkschaften Erziehungsorgane schuf, die die Charaktere aus der breiten Masse des Volkes auszubilden in der Lage ist. Die Schule der Organisation holt das nach, was die staatlichen Erziehungsanstalten versäumt haben und noch versäumen. Bis in die neueste Zeit waren alle Lehrintalten darauf gerichtet, nicht freischaffende Menschen, sondern Knechtsgeelen zu erziehen. Ein innerlich nicht freier Mensch kann auch nicht für die Freiheit anderer wirken. Dies hat der Dichter Robert Prutz vor vielen Jahren in folgenden Worten ausgedrückt:

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen,  
Sie wird von außen nicht erstrebt,  
Wenn nicht zuerst sie selbst tief innen  
Im eigenen Bufen dich belebt.  
Willst du den Kampf, den großen, wagen,  
So setz' zuerst dich selber ein:  
Wer fremde Fesseln will zerbrechen,  
Darf nicht sein eigener Sklave sein.

Leider sind noch viele selbst unter der Arbeiterchaft ihr eigener Sklave. Sie vermögen sich nur schwer von Vorurteilen zu befreien.

Wenn die in den Gewerkschaften vereinigte Arbeiterchaft sich für die gegenwärtige Staatsverfassung einsetzt, so weiß sie, daß sie in diesem Verfassungswerk Voraussetzungen für die Durchführung des wirtschaftlichen Kampfes verteidigt. Nur auf dem Untergrund des freien Volksstaates kann der Gewerkschaftskampf auf Erfolg rechnen. Aber wir vergessen dabei nie, daß auch die freieste Demokratie die Arbeiterchaft nicht vor der wirtschaftlichen Unterdrückung zu befreien vermag. In der politischen Demokratie ist der Untergrund zum Staatsbürger geworden. Aber der Staatsbürger ist noch immer trotz allen politischen Freiheiten Wirtschaftsuntertan. Gewisse Ansätze, den Hand- und Kopparbeiter zum Wirtschaftsbürger zu erheben, sind in der Verfassung vorhanden. Das Wort der Reichsverfassung „Eigentum verpflichtet“ hat bei den deutschen Unternehmern noch nicht die genügende Resonanz gefunden. Solange große Menschenmassen der Arbeitslosigkeit überantwortet sind, solange noch Mangel und Elend, Not und Verzweiflung herrscht, solange können wir nicht von einem vollbetenen Staatswesen reden. Bedürfnisse und Arbeitskräfte, Arbeitsstoff und Arbeitsmittel sind in genügender Weise vorhanden. Es kommt nur darauf an, sie miteinander in die richtige Beziehung zu bringen.

Aus diesen Gründen haben die Gewerkschaften die Forderung der Wirtschaftsdemokratie zu ihrem Programm erhoben. Die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie schafft erst die Bedingungen, die ein wahrhaft freies Staatswesen haben muß. Und an dem Tage, wo neben der politischen Demokratie die wirtschaftliche Freiheit triumphiert, werden wir das Hohelied auf die Demokratie uneingeschränkt singen können. Wenn die Verwirklichung dieses Zieles nicht in ferne Zeiten verlegt werden soll, so müssen die arbeitenden Massen sich noch wesentlich mehr rühren als bisher. Sie müssen sich die Worte ins Gedächtnis prägen, die ein deutscher Dichter 1848 in folgende Verse sagte:

Du sollst nicht kalt und ruhig stehn,  
Wenn große Taten rings geschehn,  
Bschau das Bauwerk deiner Zeit  
Und seine Größe und Herrlichkeit.  
Erhebe dich aus fauler Ruh,  
Und greif' mit an und greif' mit zu!  
Und wär's auch nur ein kleiner Stein,  
Züg' in den Bau ihn doch hinein!  
Du sollst nicht kalt und ruhig stehn,  
Wenn große Taten rings geschehn!

Bersamlungsanträge lagen seit 1918 jedem unserer Verbandstage vor, sie wurden bisher abgelehnt, weil das Bedürfnis und die Notwendigkeit zum Anschluß an einen größeren Verband von den Delegierten nicht eingesehen wurde. An dieser Situation hat sich nach unserer Kenntnis und Ueberzeugung noch nichts geändert. Deshalb wird der diesjährige Verbandstag sicherlich wiederum so entscheiden. Interessant ist es, sich die antragstellenden Orte auf Verschmelzung zu vergegenwärtigen.

Ein Antrag wünscht die Verlegung des Verbandssitzes von Leipzig nach Berlin. Es lassen sich viele praktische Gründe dafür ins Feld führen, trotzdem Leipzig einmal in einer Redakteurkonferenz als Vorort von Berlin bezeichnet wurde, das heißt in ganz kurzer Zeit vis-à-vis erreichbar ist. Die Verbandsleitung an dem Orte zu haben, wo Regierung und Behörden, politische Parteien und fast alle wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Unternehmer ihren Sitz haben, ist allein schon Begründung. Etwaige Bedenken gegen die beantragte Sitzverlegung können sich nur stützen auf die Wohnungsschwierigkeiten und auf die — Umzugskosten, sonst haben die Bedenken keinen Untergrund und sind überzeugend zu widerlegen. Wir würden es mit Genugtuung begrüßen, wenn der Verbandstag den Antrag dem Vorstande zur Verwirklichung überweist und in irgendeiner Form Mittel bewilligt, damit der Verband sich dort ein eigenes Haus bauen kann. Dieses Verbands Haus der Steinarbeiter könnte dann zugleich von außen und innen ein einzigartiges Natursteinhaus darstellen, an dem die Hauptarten des deutschen Natursteins wirksam zur Geltung kommen. Das läßt sich natürlich nicht von heute auf morgen bewerkstelligen, sollte aber im Beschluß nicht der fernen Zukunft überlassen bleiben.

In lohnpolitischer Hinsicht liegen 29 Anträge vor, die zum Teil als Richtlinien gelten können bei künftigen Neuabschlüssen von Lohnverträgen. Sonst befindet sich auch unter diesen Anträgen allerhand Spreu, die abgehandelt werden muß, wenn der Weizen gedeihen soll. Damit meinen wir eine folgerichtige Lohnpolitik und -taktik, die den Verbandsmitgliedern wirklich

etwas bringt und die nicht das Kind mit dem Bade ausschüttet. Das letztere haben wir immer abgelehnt und jeder Verbandstag hat diese Taktik noch immer gutgeheißen. Der kommende wird es nach unserer Ueberzeugung nicht anders machen.

Die Beurteilung der redaktionellen Tätigkeit nehmen 9 Anträge so oder so für sich in Anspruch, weitere 7 beziehen sich auf die Wanderkurse und sonstiges, was mit der Redaktion zusammenhängt. Seit einigen Jahren sind es immer dieselben Orte im Verbandsbereich, die sich über die „Schreibweise“ entrüsten und deshalb in „Mißbilligung“ machen. Nach und nach wird man das in der Redaktion gewohnt, denn die „Mißbilligung“ aus jenen Orten wird sich solange wiederholen, bis ein Redakteur mit anderer, dort genehmer politischer Einstellung den „Steinarbeiter“ „redigiert“. Dann kommen aber wahrscheinlich andere Orte und machen es ähnlich wie die jetzigen Antragsteller. Die „Schreibweise“ des Redakteurs, in diesem Sinne gesehen, gleicht dann dem hin- und hergeworfenen Fingball beim Kinderpiel. Ob der Verbandstag das will? — Ueber die Wanderkurse und Bundeschule im Verband wurde von der Redaktion das nötige im gedruckten Geschäftsbericht festgehalten; das lese man dort nach. Soweit sich die Anträge damit decken, ist es gut, darüber hinaus möchte aber der Verbandstag nicht gehen.

Die Anträge bei „Gesundheitsschutz und Unfallverhütung“ finden gewiß allgemeine Zustimmung; im Sinne dieser Anträge hat auch die Verbandsleitung immer gewirkt. Aber auffallend ist es dennoch, daß dieser Tagesordnungspunkt, der das Arbeitsverhältnis jedes einzelnen so eng berührt, so wenig Widerhall in Form von anregenden Anträgen in den Mitgliedschaften gefunden hat.

Von den vielen Anträgen zum Statut im „Nehmen und Geben“ wird ein Teil bereits vom Hauptkassierer bei seinem Kassensbericht die richtige Würdigung erfahren. Zum Beispiel der gewünschte größere Lokalteil vom Hauptkassenbeitrag und verschiedene andere mit der Tendenz, die Einnahmen der Hauptkasse zu beschneiden und außerdem ihre Ausgaben ziemlich zu erweitern.

Im übrigen hat hier die Statutenberatungskommission tüchtige Arbeit zu leisten, um aus den vielen und zum Teil wenig durchdachten Anträgen den brauchbaren Extrakt für den Verband herauszubestimmen.

Recht bemerkenswert ist der Antrag, den Verbandstag statt aller 2 Jahre nunmehr aller 3 Jahre stattfinden zu lassen. Bei Annahme dieses wirklich praktischen Antrages können große Ausgaben erhalten werden, die anderen Aufgaben zugute kommen.

Dann liegen noch Anträge vor, die man tatsächlich nicht vertreten kann, z. B. daß auf 200 Mitglieder ein Delegierter entfällt. Nach dem jetzigen Statut auf — 800 Mitglieder. Diese Gegenüberstellung genügt schon zur Kennzeichnung. Ähnlich sind die Anträge zu bewerten, die sich mit der Besoldung der Verbandsangestellten beschäftigen. Ueber die darin zum Ausdruck kommenden Arbeitgebermanieren werden gewisse Leute ihre helle Freude haben, die glauben, auf diesem Gebiete ohne Konkurrenz zu sein. In einigen der Anträge haben sich die betreffenden Zahlstellen eine sehr große Blöße gegeben, denn man braucht ja nur die Verbandsstagsprotokolle zur Hand zu nehmen, um sich über die Besoldungsart und -höhe und Reisekosten zu informieren. Geheimnisse gibt's nicht im Verbands, erstreckt nicht in der Besoldungsfrage! Gerade wegen der Legendenbildung auf diesem Gebiet, die meistens aus Unwissenheit und Vorurteilen und anderem entsteht, sollte jeder Funktionär im Verband wissen, was los ist. Mehr darüber an dieser Stelle zu sagen ist unangebracht, nur noch der Hinweis, daß gewiß kein Verbandsangestellter zu hungern braucht, aber Reichthümer hat noch keine sammeln können. Das beweisen unter anderem die Familienverhältnisse der meisten Verbandsangestellten.

Unter „sonstigen Anträgen“ finden sich noch einige, die ernsthafte Beachtung verdienen, weil sie sich mit unseren Aufgaben und Ziel decken und für die weitere Verbandsarbeit wertvolle Anregung geben. So müßte es eigentlich sein bei der überwiegenden Mehrzahl der 270 Anträge. Den Verbandsstagsdelegierten harzt Arbeit in Berlin, doch wenn jeder von ihnen mit dem besten Willen nach dem Verbandstag fährt, um am Auf- und Ausbau des eigenen Verbandes im engsten Zusammenhang mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Amsterdamer Internationale ehrlich und aufrichtig zu helfen, dann wird es den Delegierten nicht schwer fallen, aus den vielen vorliegenden Anträgen das Brauch- und Tragbare für den Verband der Steinarbeiter herauszufinden und dafür dann einzutreten.

## Die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung

Die Kommission von Sachverständigen, die zur Begutachtung von Fragen der Arbeitslosenversicherung berufen war, hat ihre Arbeiten vollendet. Herausgekommen ist eine nicht unwesentliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Es ist in der Kommission zwischen den zwei entgegengesetzten Anschauungen hart gekämpft worden. Die Unternehmer haben die Gelegenheit bekommen, eine empfindliche Verschlechterung der Gesetzesbestimmungen herbeizuführen. Mehr als 150 Abstimungen waren notwendig, um die gegenseitigen Auffassungen wenigstens auf eine einigermaßen mittlere Linie zu bringen. Das Ergebnis ist zusammengefaßt folgendes:

Die Saisonarbeiter sollen auch weiterhin durch die Versicherung betreut werden, jedoch sollen sie nur die Unterstützung der Familien erhalten, und zwar nach einer Wartezeit von zwei Wochen. Die Höhe der Unterstützung soll allgemein zu der Dauer der vorausgegangenen Beschäftigung in Beziehung gebracht werden. Die Wartezeit für alleinlebende Arbeitslose soll auf zwei Wochen verlängert, für Arbeitslose mit großer Familie auf drei Tage verkürzt werden. In den Fällen, in denen die Lohnhöhe am Unterstützungsort geringer ist als am Arbeitsort, soll die Unterstützung der Lohnhöhe am Unterstützungsort angepaßt werden. Eine Anzahl von Personengruppen, z. B. für die nicht ständig Beschäftigten, für die nebenberuflich Tätigen und die Heimarbeiter sollen besondere Regelungen getroffen werden.

Das sind im wesentlichen die Beschlüsse, die im ganzen eine Verschlechterung erkennen lassen. Dennoch reicht diese „Reform“ nicht aus, um die Fehlbeträge zu decken. Aus diesem Grunde beschloß die Kommission mit Mehrheit, eine befristete Beitragserhöhung von 1/2 Prozent eintreten zu lassen. Die Einparungen, die man durch obige Änderungen zu erreichen hofft, werden auf 160 Millionen Mark veranschlagt. Die Gewerkschaften müssen sich gegen eine Verschlechterung des Gesetzes für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung, ganz entschieden wenden. Schließlich ist es nicht ihre Schuld, daß eine so strenge Kasse so große Ausgaben verursacht und die Wirtschaftskrise eine so unerträglich große Zahl von Beschäftigungslosen auf den Arbeitsmarkt wirft. Es wird leider damit gerechnet werden können, daß Verschlechterungen eintreten. Das Kräfteverhältnis reicht nun einmal nicht aus, um die Widerstände der Unternehmer und anderer Kreise brechen zu können. Den Unternehmern gehen übrigens die Verschlechterungen, die die Sachverständigenkommission vorgenommen hat, nicht weit genug. Sie lehnen die Erhöhung der Beiträge ab und treten dafür ein, ganze Arbeit zu leisten, d. h. die Gesetzesbestimmungen so zu ändern, daß das zu erwartende Defizit in Höhe von 279 Millionen Mark allein durch Minderleistung der Versicherung eingespart wird.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß etwas derartiges gar nicht in Frage kommt, im Gegenteil erwarten die Gewerkschaften

dringend von den gesetzgebenden Körperschaften, daß die Beschlüsse der Kommission in wesentlichen Punkten verbessert werden. Und dies namentlich soweit die Saisonarbeiter und die Verkürzung der Anwartschaft in Frage kommt. Die Arbeiterchaft ist durchaus bereit, durch eine Erhöhung der Beiträge alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Eine Beitragserhöhung in Höhe von ein Prozent würde die Arbeitslosenversicherung auf gesunde Füße stellen. Das wollen aber die Unternehmer und die reaktionären Parteien nicht. Sie halten die Gelegenheit für günstig, die verschärfte Auswirkung des Gesetzes auszunutzen und auf diese Weise die Arbeitslosenversicherung als Ganzes zu verschlechtern. Die Gewerkschaften werden deshalb ihre ganze Kraft einsetzen, um Verschlechterungen tunlichst in letzter Minute abzuwehren. Ob ihnen dies vollständig gelingen wird, ist allerdings zweifelhaft. Es wäre möglich, wenn die politische Macht der Arbeiterschaft größer wäre und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nicht 5 Millionen, sondern mindestens 8 Millionen Mitglieder hätte. Dann wäre ihr Einfluß um so viel größer, um alle Verschlechterungen abzuwehren. Die Arbeiter haben es sich selbst letzten Endes anzuschreiben, wenn eine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung eintritt.

Der vorstehende Artikel war bereits gelesen, als der Bundesausschuß des ADGB in seiner dritten Tagung am 31. Juli zu der Angelegenheit Stellung nahm. Nach dem Bericht über die Reformvorläge des Sachverständigenausschusses zur Arbeitslosenversicherung von Spieß und eingehender Aussprache wurde einstimmig nachstehende Entschließung angenommen:

„Der Bundesausschuß lehnt die von der Mehrheit des Sachverständigenausschusses zur Reform der Arbeitslosenversicherung gemachten Vorschläge, soweit diese über die Beseitigung öffentlicher Mißbräuche und sozialpolitisch unerwünschter Gesetzesauswirkungen hinaus eine allgemeine Verschlechterung der Versicherungsleistungen eintreten lassen, entschieden ab.“

Der vorgeschlagene allgemeine Leistungsabbau wird mit dem Zwang zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu rechtfertigen versucht, wobei ein Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen Unterfüher zugrunde gelegt wird. Der Bundesausschuß erhebt scharfsten Protest dagegen, daß ein so fürchtbares Ausmaß von Arbeitslosigkeit faktisch zur Grundlage einer Dauerregelung der Versicherung gemacht wird. Er verlangt, daß statt dessen endlich energische Abwehrmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren vorgeschlagen worden sind und zu denen nunmehr auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit hinzutreten muß.

Ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung läßt sich um so weniger begründen als tatsächlich die von der Mehrheit der Sachverständigenkommission empfohlene Beitragserhöhung um ein halbes Prozent in Verbindung mit einer erträglichen Regelung der Saisonarbeiterunterstützung ausreichen würde, um die Sanierung der Versicherung herbeizuführen.

Aus allen diesen Gründen verlangt der Bundesausschuß von der Regierung und dem Reichstag die Ablehnung aller auf den grundsätzlichen Abbau der Versicherungsleistungen gerichteten Bestrebungen. Er stimmt der Haltung seiner Sachverständigen in der Reformkommission zu und beauftragt den Bundesvorstand, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Regelung im Sinne der bisher vom Bundesvorstand vertretenen Auffassung zu erreichen.“

## Die Kulturaufgabe der Gewerkschaften

Die oberflächliche und gegnerische Beurteilung sieht nicht den kulturellen Wert der Gewerkschaften. Entweder verschließt man die Augen vor den Tatsachen, um nicht zu sehen, oder man reißt herunter, weil die Bewegung unbedeutend ist. Es wird verlangt und absichtlich übersehen, daß die Gewerkschaften eine Kulturaufgabe zu erfüllen haben, daß sie mit ihren Bestrebungen die gesellschaftlichen Einrichtungen verbessern und den Aufstieg der Menschheit zu besseren Lebensverhältnissen fördern. Die allgemeine naive Auffassung erblickt in den Gewerkschaften eine Bewegung, die nur dazu da sei, für höhere Löhne und bessere Arbeitszeiten zu kämpfen. Daß die Gewerkschaftsbewegung schließlich eine Kulturbewegung ist, die ihr weiter gestecktes Ziel darin erblickt, das gesamte Wirtschaftsleben auf eine höhere Kulturstufe zu heben, wird selbst von einem großen Teil der organisierten Mitglieder verkannt. Gar kein Verständnis hierfür hat das Bürgertum, das von vornherein den Sieg der Gewerkschaften über den Kapitalismus mit dem Ausbruch der Anarchie verbindet.

Man sieht nicht den Kulturwert der Bewegung, ihr Streben nach besseren gesellschaftlichen Einrichtungen. Dadurch, daß die Gewerkschaften den Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in den Vordergrund stellen, werden sie zu einer reinen Lohnbewegung gestempelt. Ganz falsch ist diese Auffassung. Gewiß wollen die Gewerkschaften in erster Linie die Arbeitsverhältnisse verbessern, höhere Löhne erringen, viel Freiheit für die Arbeiter erkämpfen, die Sozialgesetze ausbauen und auf die Arbeitsgerichte stärkeren Einfluß gewinnen. Auch fordern sie die Monopolkontrolle der Kartelle, die eine Preisdiktatur eingeführt haben und unwillkürlich die Preise steigern, ohne Rücksicht auf die Kaufkraft der Bevölkerung. Die Gewerkschaften verlangen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in allen diesen Fragen. Diese Kämpfe werden täglich ausgefochten in unermüdlicher Kleinarbeit, Verhandlungen und Streiks. Die Invalidenversicherung, die Unfall- und Arbeitslosenversicherung müssen noch weiter ausgebaut werden, auch die Schutzbestimmungen über die Kinderarbeit sind zu verschärfen. Ueberall muß noch verbessert werden, und darum kämpfen die Gewerkschaften in erster Linie.

Aber wer glaubt, daß damit die Mission der Gewerkschaften erledigt sei, befindet sich in einem großen Irrtum. Die Gewerkschaften wollen mehr. Sie arbeiten bemüht darauf hin, daß die gesellschaftlichen Zustände gebessert werden, das menschliche Zusammenleben vervollkommnet wird. Materiell, wie die Gewerkschaften eingestellt sind, fangen sie auch wieder von unten an und verlangen gesunde Wohnungen, Pflege der Gesundheit, ausreichende Ernährung der Erwachsenen und Kinder, guten und zweckmäßigen Schulunterricht, erleichterte Teilnahme der Arbeiter an allen kulturellen Veranstaltungen, Öffnung der höheren Lehranstalten usw. Bewußt dehnen sie sich zu einer Kulturbewegung aus, die nicht nur solche Forderungen stellt, sondern auch für die Verwirklichung sorgt. So kommt letzten Endes der Kampf der Gewerkschaften um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter der gesamten Gesellschaft zugute. Neue kulturelle Werte werden geschaffen, Schritt für Schritt schreiten wir zu besseren gesellschaftlichen Einrichtungen entgegen.

Leider haben diesen großen Gedanken auch viele Arbeiter noch nicht begriffen. Im Vordergrund des Gewerkschaftskampfes steht selbstverständlich das Ringen um höhere Löhne und bessere Arbeitszeiten. Von den Löhnen und der Arbeitszeit hängt es ab, ob sich die Arbeiterchaft auch noch Aufgaben zuwenden kann, die wenig mit der Befriedigung der leidlichen Bedürfnisse zu tun haben. In Japan, wo noch siebzehn und achtzehn Stunden gearbeitet werden und dabei knapp der Lebensunterhalt verdient wird, kann der Arbeiter nur wenig Interesse haben an den Kulturfragen seiner Zeit. Mit Recht haben daher die Gewerkschaften sich schon bei ihrer Gründung auf den Standpunkt gestellt, daß zunächst die Lebenslage der Arbeiter verbessert werden muß. So zeigt uns denn auch die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, daß ursprünglich ihr Kampf ein reiner Lohn- und Arbeitskampf war. Daneben waren die Gewerkschaften auch bemüht, Aufklärung in die Massen zu tragen, über die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der Not das richtige Wort zu sagen. Aber die umfassende Kulturbewegung wie sie heute ist, ist sie erst im Laufe der Entwicklung geworden, in hartem Kampfe gegen die stumpfe Unwissenheit der Massen und in schwerem Ringen mit dem Unternehmertum.

Die Unternehmer behaupten bekanntlich, die Gewerkschaften hätten ihre ganze Agitation darauf eingestellt, die Arbeiter gegen das bestehende Wirtschaftssystem aufzuputten. Es zeugt dies von der großen Gedankenarmut des deutschen Unternehmertums. Weil sie der aus den wirtschaftlichen Verhältnissen herausgewachsenen Gewerkschaftsbewegung nichts anderes entgegenzusetzen haben, deshalb verlegen sie sich auf das Verleumben, eine Methode, die bekanntlich immer dann angewendet wird, wenn man den Aufstieg einer Sache nicht verhindern kann. Nichts von alledem wollen die Gewerkschaften. Das Aufsehen besorgen die Unternehmer selbst, dazu braucht keine Gewerkschaft etwas zu tun. Ja, die freien Gewerkschaften gehen in ihrer Agitation nicht einmal soweit, wie viele bürgerliche Sozialtheoretiker, diese lassen kein gutes Haar an den Unternehmern, sie nennen sie Blutsauger und Profitjäger, und in den Schriften der sogenannten „Nationalen Arbeiterbewegung“ kann man manchmal Unternehmerrbezeichnungen finden, wie man sie in dem Schrifttum der freien Gewerkschaftsbewegung vergeblich sucht. Der Unterschied liegt eben darin, daß die freien Gewerkschaften nicht schimpfen, sondern daß sie arbeiten an den Zuständen, an der Gesellschaft, an der ganzen Einrichtung, daß sie besser wird. Sie beurteilen auch einzelne Mißstände, aber sie weisen auch gleichzeitig auf die Ursachen hin, durch die solche Mißstände hervorgerufen werden. Und wenn die Mißstände beseitigt werden sollen, dann müssen auch die Ursachen beseitigt werden. Die Ursachen zu der heutigen sozialen Not liegen in dem Wirtschaftssystem, und dieses zu ändern, das haben sich die freien Gewerkschaften zum Ziele gesetzt.

Hier ist der Grund, der Hauptausgangspunkt, weshalb die freien Gewerkschaften ihre eigenen Wege gehen. Die Zustände zu bessern, wollen viele, auch die Unternehmer behaupten dies, aber die Grundlage der Gesellschaft, das Wirtschaftssystem, das wollen sie nicht ändern. Das bedeutet ja die Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft, der Unterang der Ausbeutung fremder Arbeitskraft. Und gerade dadurch, daß sie eine ganz neue Gesellschaft aufbauen wollen, eine Gesellschaft ohne Klassenhebung, deshalb wachsen sich die Gewerkschaften zu einer Kulturbewegung umfassender Art aus. Keine politische Partei, keine andere Bewegung, gleich welcher Art, hat für die Bessergestaltung des gesellschaftlichen Lebens eine solche Bedeutung. Politik ist wichtig, aber mit den wirtschaftlichen Verhältnissen kann sich eine Partei niemals so befassen wie eine Bewegung, die einen stetigen Kampf gegen das wirtschaftliche Unrecht führt.

Es gibt Mutlose genug, welche die Flinte gleich ins Korn werfen, wenn die Sache einmal schief geht. Dies aber beweist, daß man neben einer großen Bewegung hergelaufen ist, möglicherweise sogar eifriges und tätiges Mitglied gewesen ist, ohne den tieferen Sinn zu erfassen. Es läßt sich oft die Beobachtung machen, daß kurz vor einer Lohnbewegung viele Neuaufnahmen gemacht werden. Ist dann alles gut verlaufen, eine Aufbesserung erreicht, dann bleibt man zunächst mit dem Beitrag im Rückstand, um sich schließlich ganz zurückzuziehen. Wie falsch ist dies. Wenn alle so handeln würden, dann wären die Gewerkschaften gerade das, was sie niemals sein dürfen. Sie wären eine Bewegung, die nur die Aufgabe hat, die Wagenfrage zu lösen. Einen Kulturwert könnten sie dann nicht besitzen. Darum sind schließlich die Gewerkschaften auch das, was die Mitglieder aus ihnen zu machen verstehen. Sie dürfen sich nicht darauf beschränken, nur Lohn- und Arbeitszeitfragen zu behandeln, sie müssen schaffen und arbeiten am Aufstieg der Menschheit, Kulturwerte müssen sie schaffen.

## Knut Hamsun

Zu seinem 70. Geburtstag.

Die skandinavischen Länder Schweden und Norwegen brachten in den letzten hundert Jahren zahlreiche Dichter und Schriftsteller von weltliterarischer Bedeutung hervor. Die nordische Dichtung hat zeitweilig auf die Entwicklung der Weltliteratur entscheidenden Einfluß ausgeübt. Um den Grad dieses Einflusses anzudeuten, braucht man nur auf die großen Dramatiker hinzuweisen, den Norweger Henrik Ibsen und den Schweden August Strindberg. Auch die Romandichtung des Nordens weist hervorragende Köpfe auf. Hier sei nur der Name Björnsterne Björnson genannt. In der zeitgenössischen Romandichtung treten bekannte Namen hervor, deren Klang schon die nordische Herkunft andeutet. Unter ihnen ist Sigrid Undset, die diesjährige Nobelpreisträgerin, deren Werk auch in Deutschland eine ungewöhnliche Aufsehenhöhe erlebt.

Der größte unter den nordischen Dichtern, und, nach einem maßgeblichen deutschen Urteil, der größte unter den lebenden Schriftstellern überhaupt ist Knut Hamsun, der am 4. August dieses Jahres seinen 70. Geburtstag erlebte. Will man überhaupt die lebenden Schriftsteller nach einer Rangordnung werten, in letzter Linie eine Angelegenheit des persönlichen Geschmacks, so ist unbedingt Hamsun die Palme zuzuerkennen, dem Wanne, der sich aus der Tiefe des verachteten Landstreichers- und Proletariatsdaseins zur höchsten Stufe des literarischen Ruhmes emporarbeitete und der doch im Grunde der einfache Mensch blieb, der er gewesen.

Knut Hamsun stammt aus einem alten verarmten Bauerngeschlecht, das im nördlichen Norwegen zu Hause war. Seine Kindheit ist freudlos, erfüllt von Arbeit und Not, verbittert noch durch die Lieblosigkeit des unter den schweren Daseinsbedingungen hart gewordenen Pflegevaters. Die bäurische Abstammung gab dem künftigen Dichter eine tiefe Liebe zur Natur und ihren Geschöpfen mit auf den Lebensweg. Die Landschaft, die ihn umgibt, die bäurische Erde, der Wald, das Meer, erfüllt ganz das Denken des jungen Menschen und prägt sich tief in sein stark empfängliches Gemüt. Für die Art seiner künftigen Dichtung war dies erste Erlebnis der Landschaft bedeutungsvoll.

Den Knabenjahren entwachsend, führt Hamsun bis zu seinem 30. Lebensjahre das enttäuschende Leben des herumwandernden Schwerearbeiters, jede sich bietende Gelegenheit zur Arbeit, gleich

welcher Art, ergreifend. 23 Jahre alt, schließt sich Hamsun dem Strome der Auswanderer an, der sich aus seinem Heimatlande nach Amerika ergießt. In der neuen Welt will es ihm jedoch auch nicht gelingen, eine auf die Dauer einträgliche Arbeit zu finden. Er ist als Landarbeiter, als Labengeldhilfe und in anderen Berufen tätig. Eine schwere Lungenkrankheit nötigt ihn zwei Jahre später zur Rückkehr nach Norwegen. Nachdem er seine Gesundheit völlig wiedererlangt hat, versucht Hamsun von neuem in seiner Heimat festen Boden zu gewinnen. In Christiania schreibt er für Zeitungen und arbeitet auch an einem größeren Roman. Aber er kann für seine Arbeiten keine Interessenten finden und oft ist er dem Verhungern nahe. Wir leben Hamsun 1866 zum zweiten Male die Reise über das große Wasser nach Amerika an. In Chicago arbeitet er als Straßenbahnkassierer, im Sommer findet er Beschäftigung auf Farmen. Aber seine Begabung drängt ihn immer wieder zur literarischen Betätigung. Das harte, unerbittliche, nur dem materiellen Gewinn zugewandte und vollkommen ungeistige Gesicht Amerikas ist dem feinen empfindsamen Gemüt des Dichters auf die Dauer unerträglich. 1888 kehrt er wiederum nach Norwegen zurück. Nach anfänglichen Fehlschlägen sieht er dort endlich sein Streben von Erfolg gekrönt.

Die ersten literarischen Arbeiten hat Hamsun bereits in seinem 18. Lebensjahre veröffentlicht. Aber in seiner engen Heimat nahm die Öffentlichkeit keine Notiz von dem jungen Dichter. Es dauerte ein volles Jahrzehnt, bis Hamsun mit seinen schriftstellerischen Arbeiten durchdrang. Dann war ihm aber auch gleich ein voller Erfolg beschied. Sein erster großer Roman „Hunger“ erschien zu gleicher Zeit in norwegischer und deutscher Sprache. In diesem Roman gibt der Dichter eine erschütternde Darstellung des Existenzkampfes, den er in der Hauptstadt seines Heimatlandes geführt hat.

Nachdem ihm einmal die Anerkennung der Welt zuteil geworden war, hat Hamsun eine äußerst rege schriftstellerische Tätigkeit entfaltet. Viele große Romane, aber auch zahlreiche Schauspiele und einige Gedichtsammlungen seiner vierzigjährigen Tätigkeit. Hamsuns große dichterische Kraft wirkt sich am besten in seinen Romanen aus. In guten deutschen Uebersetzungen erschienen im Verlage Albert Langen, München, die Romane „Hunger“, „Mysterien“, „Neue Erde“, „Pan“, „Victoria“, „Benoni“, die Romanfolge „Unter Herbststernen“, und „Gedämpftes Saitenspiel“, „Die letzte Freude“, „Kinder ihrer Zeit“, „Die Stadt Segelfos“, „Segen der Erde“ und „Die Werber am Brunnen“, sowie die beiden Mysterienromane „Das letzte Kapitel“ und „Landstreicherei“.

Hamsun ist kein Revolutionär. Die schweren Daseinsbedingungen seiner Kindheit und Jugend nimmt er nicht zum Anlaß, die bestehende Gesellschaftsordnung anzufassen. Selbst der Roman „Hunger“, in dem noch am meisten die sozialen Gegensätze des modernen Zeitalters zutage treten, ist frei von jeder Anklage gegen die Gesellschaft. Hamsuns Schilderungen sind in der Hauptfrage dem norwegischen Kleinadtleben, dem Leben der Arbeiter, Fischer und Bauern entnommen, einem Milieu, in dem die Klassenfärbung der modernen Gesellschaft kaum zu bemerken ist, wo das Leben sich in dem täglichen harten Kampfe ums Dasein erschöpft. Dies harte Leben, das trotzdem in seiner Armutigkeit, in seiner innigen Verbundenheit mit der Natur einen kräftigen und gefunden Menschenschlag hervorbringt, erscheint dem Dichter idealer, als die überfeinerte Zivilisation des Großstadtlebens. Die Absage, die Hamsun dem modernen Kulturleben in seiner Dichtung erteilt, hat ihm den Ruf des Romantikers eingebracht. Hamsuns Romantik ist aber keine Flucht ins Traumland einer nebelhaften Vergangenheit. Der häßlichen Wirklichkeit des Gesellschaftslebens der Gegenwart lehnt der Dichter eine andere Wirklichkeit entgegen, eine Wirklichkeit, die ihm in dem Leben seiner Heimat tatsächlich entgegentritt. Ihm kommt es auf den ganzen Menschen an, auf die Persönlichkeit, die stark, frei und selbstbewußt ihr Schicksal nach eigenen Gesetzen gestaltet. Der Dichter Hamsun gehört somit zu den großen Individualisten. Diese, seine dichterische Eigenart konnte sich nur unter dem Eindruck der Verhältnisse seines engeren Heimatlandes entwickeln, wo das menschliche Leben noch nicht in dem durchschnittlich europäischen Grabe vergeflüchtelt ist. Daher können wir auch Hamsun in seiner Kulturkritik nicht beipflichten, können den daraus gezogenen Schlüssen nicht folgen. Das sagt jedoch nicht das geringste gegen die Qualität des dichterischen Schaffens Hamsuns. Er ist der große Schilderer des Volkslebens, überall in seinen Werken folgen wir mit Spannung und Interesse den Schicksalen der Helden. Beglückt fühlen wir die tiefe Weisheit, die aus den einfachen Sätzen des Dichters zu uns spricht. Der große innere Reichtum des Dichters hat ihn ein Stück wirklichen Lebens gestalten lassen, eines Lebens, das seine Energien aus den tiefsten Quellen des Seins geschöpft hat, der Natur, der Liebe, der Arbeit. Wir dürfen uns freuen, daß dieser große Dichter des Lebens noch unter uns weilt, der zwar schon die Schwelle des Greisenalters überschritt. Aber das letzte große Werk, daß er achtundsechzigjährig der Welt gab, läßt uns hoffen, daß der Dichter damit noch nicht das letzte Wort gesprochen hat.

S. Wilm.



# AUS DEN ZAHLSTELLEN FÜR DIE ZAHLSTELLEN

## Geperzt:

- 1. Gau NO: Stettin: Firma Max Görsch. Die Firma umgeht die tariflichen Verpflichtungen.
- 2. Gau. In Ohlau für Steinmehlen die Firma Herleb. In Waldenburg für Steinmehlen wegen Lohnunterschieden.
- 4. Gau. Wegen Nichtabführen der Wohlfahrtsbeiträge sind folgende Steinmehlmüller im Innungsbezirk Gera gesperrt: Kurt Pohlmann, Meuselwitz; Albin Müller, Görlitz bei Hirschberg; Fiedler und Träger, Weida; Karl Hoffmann, Pögnitz; Wilhelm Wiegand, Greiz; Richard Fiescher, Zeulenroda; Kurt Neupert, Greiz. — In Erfurt der Steinmehlbetrieb von Ferd. Schröder wegen Maßregelung.
- 5. Gau. In Schüren der Betrieb Fa. Karl Lachses für Steinarbeiter.
- 7. Gau. In Köditz der Betrieb Fa. Karl Weidner, Hartenstein. — In Ruhmannsdorf für Steinarbeiter, der Betrieb der Firma Bornhofen u. Schäch.

## Streik:

- 2. Gau. In Breslau außer bei der Firma David u. Schubert in sämtlichen Marmorbetrieben.
- 3. Gau. In Wildschütz (Bezirk Wurzen—Grimma) bei der Fa. Kirchhoff u. Wolf. Pflastersteinindustrie.
- 7. Gau. In Büchelberg bei der Fa. Gebr. Kerber, Granitwerke.

## Erledigt:

- 5. Gau. In Essen der Streik der Marmorarbeiter.

Zur Beachtung: Von Sperrern usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

**Verbandsstreue.** In Zeit bliden auch in diesem Jahre einige Mitglieder auf eine ununterbrochene 25jährige gewerkschaftliche Mitgliedschaft zurück. Es sind dies die Kollegen Kurt Hartenstein, Steinmehler, Ernst Bräunlich, Steinmehler, Albin Pöchner, Kammer, Ernst Müller, Steinmehler, Albert Ulrich, Kammer, Hermann Wähler, Kammer.

**Gefahren der Steinbrucharbeit.** Wir berichteten in der Nr. 31 von einem Sprengungsglück in einem Steinbruch zu Dornreihensbach und teilten anschließend mit, daß der Schiefmeister, Kollege Lehmann, den Verletzungen erlegen ist. Das Letztere beruht erfreulicherweise auf einer Falschmeldung, denn wie uns mitgeteilt wird, befindet sich Kollege Lehmann in verhältnismäßig guter Verfassung, „nur“ die linke Hand fehlt ihm. Kollege Lehmann wird uns die Falschmeldung gewiß nicht übernehmen; denn „Totgesagte“ leben bekanntlich sehr lange. Dazu hat nun die Redaktion beigetragen, schließlich auch ein Verdienst.

**Zum Verbandstag. Errichtung einer eigenen Verbandsschule.** Die Errichtung einer eigenen Verbandsschule wird das Bedürfnis unserer Zeit, durch die Wanderkurse entspricht nicht ganz befriedigt. Die Aufgabe der Verbandsschule soll darin bestehen, ihren Teilnehmern die nötige gewerkschaftliche Ausbildung als Funktionäre in unserem Verbandsbereich zu geben, ihnen aber auch darüber hinaus eine allgemeine Bildung zu vermitteln. Es werden hierbei solche Lehrgebiete eine Rolle spielen müssen, die auf den bisherigen Verbandskursen zurückgelassen sind, insbesondere Politik und Sozialismus. Die Teilnehmer der kommenden Verbandsschule sollen Führer ihrer Berufsgruppen werden. Dieses Führertum können sie nur dann betätigen, wenn sie nicht nur auf die Berufsauffassung, sondern auch auf die gesamte Kulturgesinnung ihren Berufskollegen führend und bildend einwirken können. Die Verbandsschule muß daher für alle Teilnehmer gemeinsam eine allgemeine Bildungsgrundlage liefern und für die besonderen Berufsaufgaben besondere Lehrinhalte treffen. Daß hierbei eine enge Verbindung zwischen Lehrenden (Zentralvorstandsmitgliedern, Gauleiter, Kollegen von der Hausbank) und Lernenden unter sich bestehen muß, daß möglichst das Wissen selbst erarbeitet, Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit freigelegt werden müssen, versteht sich bei einer Verbandsschule, die reife Menschen aus dem praktischen Leben umfassen wird, von selbst. Sie soll keiner Partei dienen und den ihr zugewiesenen Ausbildungszweck als öffentliche Aufgabe ansehen. Sie hat allen Angehörigen der Gruppen offenzustehen.

Bei der Finanzierung einer Verbandsschule kommen zwei Arten von Kosten in Betracht, welche die Hauptlast trägt: 1. Die Kosten für den Lehrbetrieb. 2. Die Kosten für den Lebensunter-

halt der Teilnehmer, die diese Kosten nicht aus privaten Mitteln bestreiten. Die Anzahl der Teilnehmer wird mit Rücksicht auf die Verhältnisse beschränkt sein müssen. Man wird mit einer Zahl von 20 Teilnehmern beginnen können. Die Dauer des Lehrganges beträgt jährlich einmal 6 Wochen, derselbe findet jedes Jahr in einem anderen Ort statt. — Die Zulassung kann nur für solche Männer und Frauen in Betracht kommen, die das 22. Lebensjahr zurückgelegt haben, mindestens 4 Jahre freigewerkschaftlich organisiert sind und die Reife des Geistes und des Charakters besitzen, welche eine gezielte Teilnahme an den Veranstaltungen der Verbandsschule gewährleisten. Der Nachweis für diese Reife soll in freier Weise erbracht werden können. Auf Grund der Bewerbung entscheidet über die Zulassung das Lehrerkollegium.

Ob die Verbandsschule in der nächsten Zeit entstehen kann, hängt davon ab, daß die Kollegen im Verbands-, für welche die Schule bestimmt sein soll, ihre Bedeutung anerkennen und bereit sind, ihr die erforderliche Unterstützung zu leisten. Gerade der Verbandstag muß einsehen, daß der organisatorische Aufbau nicht nur eine Frage äußerer Formen und wirtschaftlicher Dinge ist, sondern auch eine Frage der Gewinnung neuer innerer Verbandskräfte. Hier liegt das Kapital unserer Zukunft. Der Verband muß die Verbandsschule als den Ausdruck seines eigenen Bildungs- und Höherentwicklungswillens betrachten können. Deswegen muß die Verbandsschule auch seine materielle Sorge sein! Er muß die Mittel aufbringen, aus denen der Lebensunterhalt für ihre Besucher bestreiten werden kann. Die Ausführungen zeigen, wie verhältnismäßig leicht die Gründung und Deckung erfolgen kann. Der Verband bittet Kräfte, die spielend das Werk begründen können. Er muß immer tiefer erkennen, daß es neben den wirtschaftlichen Fragen auch geistige Fragen gibt, von denen sein Schicksal abhängt. Die nächste Zeit wird lehren, ob durch einen einheitlichen Beschluß des Verbandstages die geistige Macht des Verbandes durch die Errichtung der Verbandsschule erhöht werden kann.

Annen in Westfalen. A. Schaffner.

(Anmerkung der Redaktion.) Wenn wir anschließend an das Vorstehende gleich einige Bemerkungen zur Klärung bringen, wird es den Kollegen begreiflich, wenn sie die folgende Anmerkung lesen: Eine eigene Verbandsschule zu errichten, wie es andere Verbände bereits seit längerem haben und neuerdings auch der Bauergewerksbund, wurde mindestens für uns in dem Augenblick hinfällig und undisputabel, als der ADGB sich dieser gewerkschaftlichen Bildungsnotwendigkeiten im Jahre 1927 großzügig im Plan annahm. Zwei eigene Gewerkschaftsschulen sollen errichtet werden. Die erste Schule des ADGB in Bernau in der Mark geht ihrer baulichen Vollendung und Eröffnung entgegen, sie steht mit ihren Einrichtungen und persönlichem und sachlichem Lehrmaterial selbstredend auch dem Steinarbeiterverbande zur Verfügung, der dazu ebenfalls finanziell beisteuert. Daß nun neben diesen einige Verbände eigene Schulen haben, beruht zum Teil auf dem Erstgeborenenrecht und ist im übrigen eigene Angelegenheit der betreffenden Verbände. Jetzt, wo der ADGB die Schulfrage zentralisiert hat, bedeutete es für unseren Verband tatsächlich offene Türen einrennen, würden wir nach dem Vorschlage des Kollegen Schaffner verfahren; der sich übrigens die Errichtung einer solchen Schule verliert einfach vorstellt. Man muß von dem, der solche Vorschläge überhaupt macht, mindestens verlangen können, daß er so einigermaßen und allgemein informiert ist über die Bildungsmöglichkeiten und -aussichten in unserer Gewerkschaftsrichtung und daß bereits auf Seite 214 unseres Geschäftsberichtes von 1927/28 im letzten Absatz auf die Schule des ADGB und unsere eventuelle Inanspruchnahme hingewiesen wird. Wie nun die Beschädigung vor sich gehen soll und in welcher Zahl, darüber lassen sich heute noch keine Angaben machen. Das regelt sich ja auch schließlich von selbst. Zunächst kommt es jedoch darauf an, festzustellen, daß der Vorschlag von Schaffner, so gut er auch gemeint sein mag, längst überholt ist, ja bereits verwirklicht wurde, und zwar im Entwurf schon im Jahre 1927 und im Bau und Eröffnung im letzten Viertel dieses Jahres. Die zweite Schule des ADGB ist im Rheinland geplant. Durch die Schulen des ADGB werden unsere bisherigen Wanderkurse im Verband nicht überflüssig, sondern sollen, wenn der Verbandstag die höchste Verbandsinstanz nichts dagegen einzuwenden hat, fortgesetzt werden.

**Zum Verbandstag der Steinarbeiter!** Wählt oppositionelle Delegierte! So werden Flugblätter verteilt, die im 5. Gau in einigen Städten in den Betrieben verteilt wurden, und zwar, wie uns mitgeteilt wird, von Berufsfremden. Zur Information bringen wir eines davon zum Abdruck, damit auch jene Verbandsmitglieder, die sich nicht zur „Opposition im Steinarbeiterverband“ rechnen, wissen, was für eine Allerkraft der Kandidat der „Opposition“, Kollege N. Knopp in Köln, ist. Auch für einige andere Kandidaten der „Opposition“ in Rheinland-Westfalen wurde ähnlich Klamek gemacht. Das Flugblatt lautet:

Kollegen! In der Woche vom 14. bis 21. Juli findet die Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Berlin statt. Es ist deshalb Pflicht aller Kollegen, die Mitglied des Steinarbeiterverbandes sind, sich an der Wahl zu beteiligen und ihre Stimme dem oppositionellen Kandidaten zu geben. Zum 27. Wahlkreis der Gruppe Steinarbeiter gehören die Zahlstellen Wachen, Annen, Bielefeld, Bochum, Bottrop, Bredenscheid, Koblenz, Krefeld, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Herbede, Herne, Hildesheim, Köln, Kupferdreh, Münster, Minden, Rutesh, Schüren, Sprochhövel, Wattenscheid, Westhofen und Witten. Für diesen Wahlkreis ist in der Verwaltschaftsstelle Köln als Kandidat der oppositionelle Kollege Nikolaus Knopp, Köln, aufgestellt.

Alle Klassenbewußten Kollegen geben bei der Wahl ihre Stimme dem Kollegen Knopp.

Der Kollege Knopp kämpft seit Jahren für die Zurückführung des Steinarbeiterverbandes auf den Boden des Klassenkampfes. Die reformistischen Kandidaten billigen voll und ganz die wirtschaftsfriedliche Lohn- und Tarifpolitik des Hauptvorstandes.

Der Kollege Knopp als Vertreter der Opposition wird sich auf dem Verbandstag dafür einsetzen, daß die auf dem Frankfurter Verbandstag im Jahre 1927 verschärften Bestimmungen des Statuts wieder beseitigt werden. Die reformistischen Kandidaten sind für eine noch weitere Verschärfung des Statuts gegen die Opposition im Interesse der Unternehmer und des Wirtschaftsfriedens.

Der Kollege Knopp wird sich auf dem Verbandstag dafür einsetzen, daß der Beschluß des Frankfurter Verbandstages aufgehoben wird, wonach die 20 Prozent des Beitrages, die früher in den Ortsklassen verblieben, seit Frankfurt an die Zentralkasse abgeführt werden müssen.

Der Kollege Knopp ist gegen die Einführung der Invalidenunterstützung im Verband, weil dadurch der Verband immer mehr zu einer Unterstützungsorganisation herabstinkt und für Streiks kein Geld vorhanden ist. Allein im letzten Jahre wurden für Kranken- und Ermerkschaftsunterstützung 20 Mark mehr ausgezahlt wie für Streikunterstützung.

Kollegen! Durch die wirtschaftsfriedliche Lohn- und Tarifpolitik des Hauptvorstandes und der Gauleitungen verschlechtert sich unsere Lage von Jahr zu Jahr. Die Tatsache, daß uns bei der letzten Lohnbewegung nur ein paar Bettelpennige durch Schiedspruch der staatlichen Schlichtungsinstanz bei einer Laufdauer des Tarifes von fast 2 Jahren zubilligt wurden, ohne daß vom Verband auch nur der Versuch unternommen wurde, unsere Forderungen durch einen Streit durchzusetzen, ist der beste Beweis dafür, daß es an der Zeit ist, Schluß zu machen mit der bisherigen Lohn- und Tarifpolitik und dem Schlich-

tungsschwindel. Darum wählen alle Klassenbewußten Kollegen bei der Delegiertenwahl zum Verbandstag den oppositionellen Kandidaten Nikolaus Knopp, Köln.

Die Opposition im Steinarbeiterverband.

Verantwortlich: H. Börschen, M. d. L.

Diese Allein-Bäcker des unverfälschten „Klassenbewußtseins“ nehmen ja immer bei jeder Gelegenheit den Mund recht voll, sonst steht im Allgemeinen nicht viel dahinter. Das wissen die Arbeits- und Verbandskollegen in jenen Orten am besten, leider haben sie auch die Auswirkungen im Verbandsleben schon mehr wie einmal erlebt. Man denke nur an die Parole „Mit den Klassenbewußten Unorganisierten“. Im Rheinland und Westfalen ist da schon allerhand ausgeheckt worden.

Nun ist das vorstehende Flugblatt noch das harmloseste unter den uns vorliegenden, über die anderen mag sich der Verbandstag unterhalten. Es ist gewiß das Recht jedes Kandidaten zum Verbandstag, für seine Wahl zu wirken und zu werben und dabei seine Klassenbewußten und Klassenkämpferischen Eigenschaften ins rechte Licht zu rücken; er kann sogar diese seine Eigenschaften auch überbelichten lassen. Dies ist dann lediglich eine Geschmackssache, die natürlich auch eine Geschmackverirrung werden kann. Es ist weiter das unbestrittene Recht jedes Verbandsmitgliedes — ob Kandidat oder nicht —, über die Verbandspolitik und -tatsicht seine eigene Auffassung zu haben, auch wenn diese Auffassung ganz verkehrt ist. Das Mitglied hat natürlich das unbestrittene Recht, nur dem Kandidaten seine Stimme zu geben, der ihm in der Auffassung nahesteht.

Es ist aber auch das unbestrittene Recht jener, die nicht in dieselbe Kerbe hauen wie die sich selbst als „Opposition“ Bezeichnenden, sich gegen Ruhmredigkeit, Uebertreibung und bewußte Verdrehung ganz entschieden zu wenden. Und wenn diese sogenannte Opposition zum Unfug ausartet, der dem Verband Unwahres anhängt, ihn schwächt und dadurch schwächt, dann geht das über die Grenze der Duldsamkeit hinaus. Dafür gibt es aber ganz wirksame und schmerzlose Abwehrmaßnahmen. Für die vorwärts- und aufwärts führende Organisationsarbeit kann es nur ein gemeinsames, ehrliches und aufrichtiges Wirken geben, wer das nicht will und gegen das Vorstehende mit bewußt unaufrichtigen Mitteln verfährt, der muß die Tür unseres Verbandsgebäudes von draußen zumachen. Denn ein solcher Kampf wird nicht im Verbandsrat ausgetragen, denn wir haben anderes zu erledigen, als uns mit absichtlich verdrehten Behauptungen herumzustritten. Doch abgesehen von diesem ernstlichen Hinweis stelle man sich aber das Verbandsleben in einem Bezirk vor, wo infolge der vielen Zahlstellen mehrere Kandidaten zur Wahl stehen und jeder dieser Kandidaten ließe sich von einem Abgeordneten seiner Partei ein Flugblatt schreiben, wie es der Kollege N. Knopp in Köln und andere im 5. Gau getan haben, und in jedem Flugblatt wäre der empfohlene Kandidat der Aller-allerwertigste. Das würde in der Auswirkung unser Verbandsleben sicherlich nicht befruchten, sondern eine persönliche Note hineinbringen, die einfach unerträglich wäre. Darum braucht die Kandidaten-Wahlmode der „Opposition im Steinarbeiterverband“ künftig nicht nachgeahmt zu werden, aber die Kollegen, die sich nicht dazu rechnen, sollen und müssen bei jeder Sache auf dem Posten sein, dann ist der Ruhmredigkeit und Verdrehungskunst schon beizukommen. Wir haben mit bestimmter Absicht von der Veröffentlichung vor der Wahl Abstand genommen, sonst hätte es bei der sogenannten Opposition der Ansicht erwecken können, als sei ihre Wahl der Verbandsleitung unwequem. Ob im umgekehrten Verhältnis auch so verfahren würde, glauben wir natürlich nicht, da würde es sogar nach all den Erfahrungen ohne gewissen Klamauf nicht abgehen.

**Berlin. Richtigstellung.** Im Versammlungsbericht in Nr. 28 ist durch Fortlassung eines Wortes etwas verneint worden, was tatsächlich anders war. Im Absatz 7 des genannten Berichts soll es nicht heißen: „denn hierzu meldete sich niemand zum Wort“, sondern: „meldete sich fast niemand zum Wort“. Das Versehen kommt auf Konto der Redaktion; wir bitten, das zu entschuldigen.

**Karlsruhe.** Am 13. und 14. Juli fand im Volkshaus die Gaukonferenz des 6. Gaues statt. Der Gauleiter, Kollege Sarfert, begrüßte die Erschienenen. Zur Verhandlungsleitung wurden als 1. Vorsitzender Kollege Moosmüller (Heppenheim), als 2. Vorsitzender der Bezirksleiter Kollege Gras (Rammelsbach), als Schriftführer die Kollegen Zeeb und Seidl (Karlsruhe) gewählt. Anwesend waren 40 Delegierte, die 35 Zahlstellen vertraten; vom Zentralvorstand der Kollege Walter. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gauleiters; 2. Unsere Tarifverträge; 3. Organisation und Agitation; 4. Anträge. Kollege Sarfert erläuterte den Bericht über einen Zeitraum, der in die größte wirtschaftliche Krise fiel, wie sie der Steinarbeiterverband noch nicht durchgemacht hat. Betriebseinsparungen und Stilllegungen waren die ständigen Begleiterleistungen. Die Gauleitung verfuhr bei Staat und Kommunen Aufträge für die Arbeitgeber zu bekommen, damit der Beschäftigungsstand erhalten wird. In den beiden Berichtsjahren wurden insgesamt 36 Lohn- und Tarifbewegungen durchgeführt, aus denen für den Gauleiter allein 122 Verhandlungen notwendig waren. Ohne Erfolg war die Lohnbewegung der Granitwerksteinarbeiter in Mittel- und Südbaden nach neunwöchigem Streik im Jahre 1927. Den besten Erfolg aller Tarifverträge wurde 1928 für die badischen Steinmehler und Pflasterer abgeschlossen, die Lohnzulage betrug 10 bis 13 Pfg. in der Stunde. Im Rechtschutz mußte die Gauleitung 34 Klagen vertreten, die 96 Verhandlungen erforderlich machten. Bei diesen Klagen waren Vertragsbruch, Urteilsstreitigkeiten und unberechtigte Entlassungen die Gründe. — 11 Klagen mußten wegen rückständigen Lohnes geführt werden, davon waren 7 erfolgreich, 2210 RM. konnten dadurch den Kollegen wieder zugeführt werden. Die Wahlen zu den Betriebsvertretungen, aber auch die Betriebsräte selbst lassen noch viel zu wünschen übrig. Deshalb fordert der Gauleiter, daß in den Zahlstellen und Bezirken mehr als bisher getan werden muß zur Heranbildung von Betriebsräten. An Reisen durch den Gauleiter wurden im Jahre 1928 173 ausgeführt, die 225 Tage erforderten, hierbei wurden 188 Zahlstellen besucht. Revisionen der Bücher und Kassen in den Zahlstellen fanden im Jahre 1927 nur 66 und im Jahre 1928 nur 58 statt. Versammlungen unter Teilnahme des Gauleiters in den Zahlstellen fanden im Jahre 1927 insgesamt 94 und im Jahre 1928 109 statt. Wenn auch die meisten Versammlungen als gut anzusehen sind, so muß doch auf diesem Gebiet mehr gesehen. — Kurz streifte der Gauleiter die Wanderkurse. Nach seiner Auffassung nach haben die Kursteilnehmer enttäuscht.

Die Diskussionsredner, Kollegen Bollrath, sowie Müd, kritisierten die Erwerbslosenunterstützung. Kollege Krauth, Eberbach, tritt für Beibehaltung der Wanderkurse ein. Zu Punkt Tarifwesen war zu entnehmen, daß wir 4 Reichstarifverträge haben, leider können keine Tarifverträge für die an Bauten beschäftigten Kollegen abgeschlossen werden, weil die Unternehmer nicht dazu zu bewegen sind. Kollege Walter, Leipzig, referierte über Tarifverträge. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Kollege Gritzmann wünscht mehr Einigung der Kollegen zwischen Stadt und Land. Kollege Decker ist der Auffassung, daß die Urlaubsfrage bei den nächsten Reichstarifvertragsabschlüssen verbessert werden muß. Verschiedene Anfragen stellt im Schlußwort Kollege Sarfert richtig. Ueber Organisation und Agitation referiert Bezirksleiter Kollege Weidenhammer und stellt dabei fest, daß ein großer Teil unserer Mitglieder sich immer noch nicht entschließen kann, den Stundenverdienst als Wochenbeitrag abzuführen. Weidenhammer ist der Auffassung, die Einführung der Alters- und Invalidenunterstützung zu unterlassen, da es Aufgabe der staatlichen Invalidenversicherung sein muß, diese so auszubauen, daß man als Invalide nicht zu hungern braucht. Kollege Bollrath begründet die Anträge des Odenwaldbezirks. Kollege Mayer, Dürkheim, tritt für Einführung der Alters- und Invalidenunterstützung im Verband ein. Ebenso tritt er für die Wanderkurse ein. Kollege Fuchs, Rappoldsdorf, spricht für Anstellung eines Bezirks-

## Die Republik

(Zum 11. August 1929.)

Nun haben wir die Republik, Jedoch noch nicht aus einem Stück ist dieses Staatsgefüge! Noch immer herrscht die Geldmangel, Noch immer herrscht die Niedertreibt Und Habgucht, Haß und Lüge!

Jedoch der Anfang ist gemacht! Es ist der Fürstentronen Pracht Zerbrochen und zertrümmert! Auch ist trotz Rückschrittstumpen Das deutsche Volk politisch frei — Der Aufstieg hat begonnen!

Denn diese Freiheit nutzen wir! Wir kämpfen gegen Mammonsgier Mit Mut und Kraftburdrungen! Wir kämpfen, bis die Niedertreibt Brutaler, frecher Geldmangel Zu Boden ist gezwungen!

Dazu gibt uns genügend Raum Der schwarz-rot-goldene Fortschrittsbaum Der jungen Republik! Drum schützen wir das neue Reich, Umgürtet es mit Wall und Deich Mit kühnem Zukunftsblick!

Wir schwören: Hoch die Republik! Und gehe es durch Sumpf und Schlid, Wir spotten aller Plage, Bis endlich reiner Tisch gemacht, Bis endlich uns die Sonne lacht Am Völkerehrtag!

Drum auf zur Freiheit, auf zum Glück! Vorwärts zur roten Republik! Gefechtesklar die Reihen! Heran, Proleten, Mann für Mann! Ein jeder tue, was er kann, Dann wird das Werk gedeihen!

Das gute Werk, die große Tat, Das Werk, dem edle Freiheitsaat Entquillt zur Fruchtvollendung! Zum Kampf für Gleichheit, Republik, Für Freiheit und für Völkerglück, Erkrämpft die Völkerverwund!

**Letztes im Schwarzwald.** Für die Zahlstelle Raumünzach tritt Kollege Huber für Entsendung einer Studienkommission nach Rußland ein. Die Kollegen Walter und Sarfert sprechen sich nochmals für die Einführung der Alters- und Invalidenunterstützung aus. Kollege Droll und Kollege Müllertreten für mehr Agitation im Gau ein. Der Vorsitzende, Kollege Moosmüller, gibt bekannt, daß eine Abstimmung über die Anträge sich erübrige, da die Zahlstellen ihre Anträge schon an den Zentralvorstand nach Leipzig geschickt hätten, und schloß 13.20 Uhr die gut verlaufene Gaufonferenz.

Anläßlich der Gaufonferenz veranstaltete die Zahlstelle Karlsruhe am 13. Juli, 20 Uhr, im Volkshaus eine Abendunterhaltung. Der Vorsitzende der Zahlstelle Karlsruhe hieß die Delegierten, sowie die anderen anwesenden Gewerkschaftsmitglieder und -genossen willkommen. Bei diesem Anlaß überreichte er dem Kollegen Seidl für 25jährige Mitgliedschaft ein schön eingerahmtes Diplom, hob gleichzeitig die Verdienste hervor, die der Jubilär sich in der Zahlstelle erworben hat.

**Baugen.** Bezirksversammlung der Steinsetzer und Berufs-genossen am 21. Juli 1929. Koll. Schulze eröffnete die Versammlung. Nachdem Koll. Eckhardt als Schriftführer gewählt war, gab er die Tagesordnung bekannt: 1. Bericht von der Landeskonferenz. 2. Die Arbeitsverhältnisse im Bezirk. 3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Koll. Krippendorf erstattet Bericht über die am 7. Juli 1929 in Chemnitz stattgefundene Landeskonferenz. Erörtert die Gründe, die zu dem minimalen Resultat der diesjährigen Lohnabkommen geführt haben, schildert den ganzen Verlauf der zweitägigen Lohnverhandlungen unter Leitung des ehemaligen Gauleiters Schulze, gibt zu verstehen, daß wir früher unter der Führung des DGB in der Lage waren, bessere Tarifabschlüsse zu tätigen. Wir seien aber diesmal gleich vor den Landesrichter zitiert worden, und da wir als Angehörige des Steinarbeiterverbandes dem Landestarif unterworfen sind, mußten wir uns den gegebenen Verhältnissen fügen. In Zukunft müssen wir versuchen, für die Bezirke Dresden, Bautzen usw. einheitliche Akkorde sowie auch Stundenlöhne zu schaffen, und wenn es eventuell auf Kosten der Dresdener gehen müßte. Gauleiter Bieffe stimmt den letzten Ausführungen des Vorredners zu, aber in bezug auf die besseren Erfolge unter der Führung des DGB kann er sich nicht einverstanden erklären. Er führt aus, daß bei den hier angegebenen erreichten hohen Löhnen es wohl keiner Organisation gelingen werde, bessere Verhältnisse zu schaffen, da könne sie heißen, wie sie wolle. Die Kollegen seien größtenteils selbst daran schuld, indem sie sich einen Raubbau mit ihrer Arbeitskraft treiben, sie möchten endlich Einhalt damit tun. Er verwahrt sich gegen ihn in Chemnitz erhobene Vorwürfe, da er ja nur zur Orientierung seinerzeit den Lohnverhandlungen in Dresden beigewohnt habe. Hierauf wird das Schlichtungswesen einer scharfen Kritik unterzogen. Koll. Krippendorf ist der Überzeugung, daß durch dasselbe keine Kampftruppen gebildet würden. Die Koll. Schulze und Förster führen Beschwerde über die Ueberstimmung der Bezirke durch auswärtige Kollegen und die Mißstände, die sich dadurch herausgebildet hätten, z. B. das Ueberstundenwesen, das die betreffenden damit begründen wollten, indem sie behaupten, sie arbeiteten Regentunden ein, der Gauleiter hätte ihnen das zugestanden, daß sie das dürften, und in Waldenburg würde es auch so gehandhabt. Da nun auch auswärtige Kollegen anwesend waren, entspann sich eine lebhaft Debatte, in der sich die Zugereiften gegen die Anschuldigungen wehrten und den Beweis erbrachten, daß sich auch Einheimische durch Ueberstunden höhere Verdienste zu verschaffen suchen. Das wurde auch zugestanden; derartige Fälle sollen sofort dem Fachgruppenleiter gemeldet werden, damit Abhilfe geschaffen wird. Das Einarbeiten von Regentunden ist in Sachsen nicht statthaft. Wenn man sich so einstellen wollte, müßten wir auch die Winterwochen einarbeiten, dafür sind wir eben Saisonarbeiter. In Zukunft muß sich jeder Kollege, der gebent, nach hier zu reisen, erst an die Fachgruppenleiter wenden, ob Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind. Dem Gauleiter Bieffe wurde Anerkennung zuteil, daß er in dieser Frage stets korrekt gehandelt hat und die antragenden Kollegen an die Fachgruppenleiter verwiesen hat. Mit den Richtlinien betreffs der Lehrlingshaltung, Bezahlung usw. ist man auch hier unzufrieden. Es wird auf die schwierigen und resultatlos verlaufenen Verhandlungen in Dresden hingewiesen. Der Gauleiter weist darauf hin, daß die Richtlinien kein bindender Vertrag für jeden einzelnen Bezirk sind, sondern Richtlinien für das ganze Reich, auf deren Grundlage nun die Bezirke nach den dort bestehenden Verhältnissen mit den Innungen verhandeln sollen, was auch bereits in verschiedenen Gegenden mit guten Erfolgen geschehen ist. In Schlesien z. B. seien auf Grund dieser Richtlinien in diesem Jahre 100 bis 150 Lehrlinge weniger eingestellt worden. Das bedeute eine Reduzierung von 80 Prozent. Selbst in Chemnitz betrage sie 30 Prozent. Durchschnittlich im ganzen Reich 50 Prozent, und das sei ohne jeden Zweifel ein Fortschritt. Koll. Mann unterstützt die Ausführungen des Gauleiters und erwähnt, der Zentralvorstand habe schon vor Jahren die Gesellenausschüsse aufgefördert, zur Lehrlingsfrage Stellung zu nehmen. Diese haben aber leider bis heute nichts von sich hören lassen, und er bedauert es, da nun der Zentralvorstand aus eigener Initiative selbst Schritte unternommen, daß daran so scharfe Kritik geübt wird. Er bittet, nicht nur zu kritisieren, sondern mehr mitzuarbeiten. Er wünscht, daß der Zentralvorstand eine Reichskonferenz sämtlicher Gesellenausschüsse einberuoft. Ein von Krippendorf gestellter Antrag, eine Bezirksklasse zu gründen, um die kleinen Bezirke vor Geldschwierigkeiten zu schützen und es ihnen dadurch zu ermöglichen, daß auch sie Delegierte zu Gau- und Landeskonferenzen senden können, wird einstimmig angenommen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute in Baugen tagende Bezirksversammlung der Steinsetzer und Kammer als Fachgruppe des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands ersucht den Zentralvorstand, beim Reichsgesundheitsamt dahingehend vorstellig zu werden, daß die neue polizeiliche Verordnung betreffs der Fahrgeschwindigkeit der Kraftfahrzeuge über im Bau befindliche Straßen (bisher 6, neuerdings 15 Kilometer) wieder rückgängig gemacht wird, da die erhöhte Fahrgeschwindigkeit viel höhere Gefahren auf Leben und Gesundheit der beschäftigten Arbeiter in sich birgt.“ — Koll. Schulze dankte den Kollegen für ihr Erscheinen, hofft, daß die nächste Versammlung noch besser besucht wird.

**Greifswald.** Im „Steinarbeiter“ Nr. 29 wird im Bericht der Gaufonferenz vom Berichterstatter „T.“ vermerkt, daß es „in Greifswald und Demmin sehr unbefriedigend aussieht“. Leider wird nicht angegeben, auf was das beruht. Uns Vorstehender sehe ich mich veranlaßt, im Interesse der Ortsgruppe Greifswald folgendes zu bemerken: für eine Ortsgruppe, die ihre Mitgliederzahl nach der Verschmelzung von 30 auf 110 durch selbständige Agitation gebracht hat und noch keine Schwierigkeiten mit der Zentrale hatte, ist der Vorwurf „unbefriedigend“ wohl nicht angebracht. Nach dem Bericht geht es darauf hinaus, die Ortsgruppe Greifswald dafür verantwortlich zu machen, daß es im Steinmeßgewerbe zurückgegangen ist. Hier in Greifswald gibt es zwei Steinmeßbetriebe; einer, der vor dem Kriege 60 bis 80 Leute beschäftigte, hat überhaupt noch nicht wieder aufgenommen. Ein kleinerer Betrieb beschäftigt jetzt 20 bis 25. Davon sind 7 Steinmeßen, die anderen sind Schleifer und Hilfsarbeiter. Leider ist es uns noch nicht gelungen, diese Kollegen zu erfassen, bis auf 5 Steinmeßen. Das hat seinen Grund darin, weil alle bei der Firma schon vor dem Kriege beschäftigten Leute mit dem zufriedenen sind, was sie bekommen. Sie bekommen auch mehr wie mancher Tarif vorzieht (Tiefbaugewerbe). Bis jetzt ist es dem Gauleiter, Kollegen Gökemeyer, noch nicht gelungen, im Bezirk Pommern einen Tarif für Steinmeßen abzuschließen, so daß Greifswald durch seinen selbständigen Streik noch an der Spitze steht mit 1,05 Stundenlohn, wohingegen andere Städte 1 Mark erhalten. Da kann man doch nicht sagen, es sieht in

Greifswald „unbefriedigend“ aus. Wir wünschen, da der Gauleiter den großen Bezirk NW nicht allein bearbeiten kann, daß sich die Zentrale entschließt, dem Gauleiter eine Hilfskraft beizugeben, die Pommern und Mecklenburg bearbeitet, und zwar einen Steinmeß. Dann wird es auch gelingen, hier in Pommern festen Boden in den Steinmeßbetrieben zu fassen.



**Lohnsteuer und Aufwandentschädigung an Funktionäre.** Bekanntlich haben einige Finanzämter verurteilt, die paar Mark Entschädigung an die Funktionäre von Zahlstellen (Kassierer, Hilfskassierer usw.) der Lohnsteuer zu unterstellen. Die Absicht war zum Teil mit einer lästigen Auszageerei verbunden. Nunmehr liegt ein Sammelersatz vom 9. Juli d. J. vom Reichsfinanzminister vor, über Steuerabzug vom Arbeitslohn, in dem auf Seite 10 der Steuerabzug an ehrenamtliche Beitragskassierer der Gewerkschaften behandelt ist. Nach diesem Steuerersatz ist die Entschädigung an Beitragskassierer Lohnsteuerpflichtig, wenn sie den Betrag von 40 Mark monatlich übersteigt. Für den Fall, daß den Kassierern besondere Aufwendungen für Fahrgelder usw. gewährt werden, können diese Aufwandentschädigungen, die nur den Ertrag für gehabte Ausgaben darstellen, durch besondere Quittungen erzeigt und entsprechend verbucht werden, weil sie ja nicht zu den direkten Entschädigungen gehören. Es ist damit zu rechnen, daß die Kontrollbeamten der Finanzämter später auch diese Unterlagen prüfen, Aufwandentschädigung behandelt werden. — Die Zahlstellen mögen das Vorstehende beachten.

**Der Dachdeckerverband 40 Jahre alt.** Die Zahl der Gewerkschaften, die ihr 40jähriges Bestehen feiern können, wird immer größer. Unter den Jubilaren befindet sich nun auch der Zentralverband der Dachdecker, der im Juli 1889 ins Leben trat. Eine gut aufgemachte Festschrift der „Dachdecker-Zeitung“ gibt davon Kunde. Der Dachdeckerverband ist eine von den wenigen Gewerkschaftsorganisationen, die auf dem reinen Berufsgedanken aufgebaut sind. Wie bei den übrigen Verbänden dieser Art zeichnet sich auch er durch einen hohen Prozentsatz der Organisierten und durch innerliche Festigkeit aus. Der Dachdeckerverband umfaßt ungefähr 78 v. H. der Berufsangehörigen. Dieses Resultat wiegt um so schwerer, weil die Dachdecker sich nicht in großen Industriezentren zum Massenballen, sondern über das ganze Land bis in das kleinste Dorf verbreitet sind. Der Verband zählt 12000 Mitglieder; seine Erfolge sind allgemein bekannt und stehen in der Gewerkschaftsbewegung mit an erster Stelle. 40 Jahre Organisation sind eine lange Zeit. Seitdem haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Dies wird am deutlichsten durch den Zentralkassierer veranschaulicht, der in der Jubiläumsnummer des Verbandsorgans folgende Gegenüberstellung macht: An Gesamt-

**Berlin** **Bewerbung**  
Die Stelle eines Ortsangestellten wird hiermit ausgeschrieben. Für die Anstellung kommt nur ein Kollege aus dem Steinsetzergewerbe in Frage, der die Verhältnisse im Tarifbezirk Groß-Berlin genau kennt und mindestens 5 Jahre freigewerkschaftlich und politisch organisiert ist. Bewerbungen mit Lebenslauf und einer kurzen schriftlichen Abhandlung über die Aufgaben eines Gruppenleiters der Sektion Steinsetzer und Berufs-genossen im Tarifbezirk Groß-Berlin sind bis zum Montag, dem 19. August 1929, mittags 12 Uhr, mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Zentralverband der Steinarbeiter, Zahlstelle Berlin SO 16, Engelfufer 25, zu richten.  
Die Ortsverwaltung. I. A.: Gustav Nitsche.

einnahmen waren zu verzeichnen im Jahre 1893 496 Mark, 1894 2919 Mark und 1895 4227 Mark; dagegen im Jahre 1926 319 102 Mark, 1927 349 241 Mark und 1928 454 026 Mark. In der Gegenüberstellung dieser Zahlen kommt das Wachstum des Dachdeckerverbandes deutlich zum Ausdruck. Fünf Mitglieder sind noch vorhanden, die zugleich das 40. Verbandsjubiläum feiern können. Vorsitzender und Redakteur ist der Kollege Theodor Thomas oder wie er mit seinem Schriftstellernamen heißt: Techa Teha. In der Festschrift der Zeitung richteten die Kollegen Leipart und Wisell sehr warme Begrüßungsworte an den Verband. Mit ihnen gebent die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung dieser kleinen, aber vortrefflichen Organisation. Und wenn der Humor als der beste Schwimmgürtel auf dem Strome des Lebens gilt, dann wissen wir den Zentralverband der Dachdecker auch fernerhin in guten Händen.

**Zusammenluß der landwirtschaftlichen Genossenschaften.** Die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften waren bisher in drei Richtungen zerplittert. Es gelang nunmehr, die Spitzenverbände dieser Richtungen zu einem Einheitsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammenzufassen. Dem neuen Einheitsverband gehören rund 36 000 Genossenschaften mit ungefähr vier Millionen Mitgliedern an. Es steht zu hoffen, daß damit eine neue Periode der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung beginnt. Vielleicht kommt es dahin, daß auf genossenschaftlichem Gebiete diejenigen Erfolge errungen werden, die in Dänemark und Holland möglich waren. Standardisierung der Produktion tut not.

**Halbierung der deutschen Einwanderungsquote nach USA.** In dem Bestreben, die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten herabzudrücken, hat die dortige Regierung die Quoten der einzelnen Länder einer Prüfung unterzogen. Dabei kam Deutschland sehr schlecht weg. Gemäß Erlaß des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika traten mit dem 1. Juli 1929 die neuen Einwanderungsquoten in Kraft. Durch sie wird die deutsche Einwanderungsquote von jährlich 51 227 auf 25 975 herabgedrückt. Das ist eine Herabsetzung um die Hälfte. Dieser Verminderung der deutschen Quote steht eine Erhöhung der englischen um fast 50 v. H. gegenüber. Viele deutsche Bürger, die sich nach diesem Zukunftslande einzuschiffen gedachten, werden deshalb nicht wenig enttäuscht sein. Wie alles, ist auch die Einwanderung in Amerika rationalisiert. Die künstliche Verknappung der Menschenhände soll dazu dienen, den hohen Lebensstandard aufrechtzuerhalten.

## Adressenänderungen

1. Gau NO: **Neuruppin.** Vorj. u. Kass.: Wilhelm Pazenbrof, Schulplatz 4. — **Tilfit.** Vorj. u. Kass.: Franz Redert, Sudermannstr. 3.
2. Gau: **Steuberwitz.** Vorj.: Ernst Malich, Kass.: Wilhelm Strjeben, Nr. 67.
3. Gau: **Ebersbach i. Sa.** Vorj.: Gustav Stübner, Moltkestr. 556c.
4. Gau: **Tschelt.** Vorj.: Emil Elke, Kass.: Friedr. Schützenmeister. — **Homburg, Bez. Rassel.** Vorj.: Wilhelm Brand, Dstheim, Post: Malsfeld (Hessen-Rassau), Kass.: Adam Böde, Sippershausen, Post: Homburg, Bez. Rassel.
5. Gau: **Düffeldorf.** Vorj.: Joseph Koch, Oberbiller Allee 277, I. — **Heimbach-Weis.** Kass.: Fritz Eichler, Heimbach, Post: Weis (Kr. Neuwied), Flurgartenstr.
6. Gau: **Niebertkirchen b. Kaiserslautern.** Vorj.: Joseph Moser, Kass.: Mathias Wahleitner. — **Ochsenburg (Württ.).** Post: Leonbronn. Vorj. u. Kass.: Gottlob Herrmann, Leonbronn (Württ.).

## BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN UND GAULEITUNGEN

**Versammlungen:**  
Am 10. August in Erfurt, 14 Uhr, im Scharnhorst, Sektionsversammlung.  
Am 11. August in Bafewall, 14 Uhr.  
**Gaufonferenzen**  
8. Gau am 10. und 11. August in Nürnberg, Metallarbeiterverbandshaus, Vorderer Karthäusergasse 12. Beginn 14 Uhr.  
\*  
6. Gau. Für den durch Krankheit in Not geratenen Kollegen Johann Winder in Tiefenstein gingen an Unterstützungsbeträgen bei der Gauleitung ein von: Kappelrodek 30,— Mk., Lüttschenbach 18,— Mk., Raumünzach 20,— Mk., Seebach 10,— Mk., Tegernau 12,— Mk., Tiefenstein 20,50 Mk.; zusammen 114,35 Mk., wofür ich im Namen des Kollegen quittiere und den Zahlstellen Dank ausspreche. Die Gauleitung: Fr. Sarfert.

**Verlorene Mitgliedsausweise.** In Kappelrodek das Verbandsbuch Nr. 40 302 für Alfons Tremel, Seinhauer. In Goldbach das Verbandsbuch Nr. 5148 für Paul Dombrowski und Nr. 91 036 für Willi Hennig, beide Hilfsarbeiter.

Wegen Vergehens gegen § 3 Absatz 6 unseres Statuts wurden auf Antrag der Zahlstelle Berlin folgende Kollegen aus dem Verband ausgeschlossen: Georg Kolte, Steinmeß, geb. 8. 6. 1892 zu Niederseide; Hugo Friede, Steinmeß, geb. 25. 10. 1894 zu Berlin; Johann Hargens, Hilfsarbeiter, geb. 16. 8. 1882 zu Wardenreich. Auf Antrag der Zahlstelle Dortmund: Joseph Staufenbiel und Franz Schmöller.

Der Steinsetzer Frtz Kohrberg, geb. am 26. 8. 1869 in Neudorf, auf Antrag der Zahlstelle Hettstedt zum zweitenmal ausgeschlossen, da er nach Rückgängigmachung des ersten Ausschlusses sein verbandsschädigendes Treiben trotzdem fortsetzte (siehe Nr. 46 des „Steinarbeiters“ vom 17. 11. 1928), hat sich in Wittenberge unter Vorpiegelung falscher Tatsachen wieder neu aufnehmen lassen. Die Aufnahme wird für ungültig erklärt. Die Interimsliste ist Kohrberg abzunehmen.



R. Du hast recht, denn in der Hauptsache gibt der „Obmann“ den Revisions- und Sitzungsbericht. Das ist also nicht präzise genug von uns angegeben. Lassen wir es nur so, denn das Angegebene gehört auch dazu.  
Grüß E.

## ANZEIGEN

**Bezirk Potsdam**  
Die nächste Versammlung findet erst nach dem Verbandstage statt. Der Zeitpunkt wird noch bekanntgegeben. Die Ortsverwaltung. I. A.: Otto Wegener.

**Gesucht** zum sofortigen Eintritt für dauernde Beschäftigung 10-15 Flastersteinrichter auf Granit. 8-6 Spalter (Stöber). Interessenten wollen sich melden bei Schwarzwälder Bauindustrie G. m. b. H., Werk Tiefenstein, Amt Waldshut.

**Weitere 3-4 Maschinenschleifer sowie 2 Handschleifer**  
auf vorwiegend s. s. Granit per sofort oder bald in Dauerstellung gesucht. Otto Koppe & Co., Granitwerk Dobrilugk.

**Tüchtig. Steinmetz**  
der die Befugnis hat, Lehrlinge auszubilden, stellt sofort ein. A. Weyler Nachf., Hirschberg i. R.

**Steinarbeiterhosen** aus III-Drahtleder mit 12er Schuh u. Ledertaschen 13,— Mk., aus II-Drahtleder 9,— und 6,50 Mk., **Mauersocken** 1,20 Mk. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17,—, II 15,—, III 11,— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2

**Sparkasse der Bank der Arbeiter Angestellten und Beamten A.-G.**  
Spareinlagen von 1.— RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB.

**Pflasterhämmer**  
aus bestem Schweißstahl  
● Rammen, Brechzangen  
● und sämtliche Werkzeuge  
● für den Straßenbau  
● liefert auch nach außerhalb  
● Otto Teske, Berlin N 31  
● Brunnenstraße 82

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

**In Altenhain** am 20. Juli der Hilfsarbeiter Ernst Piesold, 77 Jahre alt, Altersschwäche.  
**In Barby** am 22. Juli der Steinsetzer Franz Friedrich, 63 Jahre alt, Unfallsfall, ertrunken.  
**In Bischofsgrün** am 22. Juli der Hilfsarbeiter Hans Greiner, 52 Jahre alt, 1/2 Jahr lungenkrank.  
**In Naugard** am 23. Juli der Rammer Willi Zastrow, Alter nicht angegeben, Herzschlag.  
**In Röbling** am 25. Juli der Lithographiesteinsetzer Jos. Schreiber, 55 Jahre alt, 32 Monate krank, Lungentuberkulose.  
**In Dornreichenbach** am 26. Juli der Hilfsarbeiter Karl Goldmann, 63 Jahre alt, 2 Wochen nierenkrank.  
**In Kiel** am 26. Juli der Steinsetzer Paul Munk, 36 Jahre alt, 3 Wochen krank, Darmkrebs.  
**In Pirna** am 28. Juli der Steinmetz Emil Aug. Hübner, 46 Jahre alt, 9 Wochen Lungentuberkulose.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

## Unterschied des Stilllegungsbegriffes des Betriebsrätegesetzes und der Stilllegungsverordnung

Der Artikel behandelt die Rechtsfragen, die sich aus der Betriebsstilllegung ergeben. Die Rechte der Arbeiter spielen bei Betriebsstilllegungen eine sehr wichtige Rolle. In sechs in sich abgeschlossenen Abschnitten wird das Gesamtproblem behandelt; dabei haben nicht nur die sämtlichen bisher vorliegenden Entscheidungen des höchsten Gerichts Verwendung gefunden, sondern unser geschätzter anerkannt sachverständiger Mitarbeiter setzte sich unter weiterer Materialangabe auch ausführlich mit der Auffassung des höchsten Gerichts auseinander. Der später folgende Abschnitt VI ist wichtig für die Steinindustrie. — Also alles lesen und aufbewahren! Red.

### I.

Diese Begriffe decken sich keineswegs. Die Stilllegungsverordnung (§ 1 Absatz 1 Nummer 2 a und b) findet bereits Anwendung, wenn einzelne selbständige Betriebsabteilungen nicht mehr benutzt werden, soweit durch diese Maßnahme die entsprechende Anzahl Arbeiter entlassen werden muß. Das Betriebsrätegesetz findet dagegen erst Anwendung (§ 85 Absatz 2 Ziffer 2, § 96 Absatz 2 Ziffer 2), wenn entweder der ganze Betrieb oder eine in sich abgeschlossene Betriebsabteilung stillgelegt und dadurch die Entlassung der Arbeiter erforderlich wird. Infolgedessen können die Voraussetzungen der Stilllegungsverordnung im Regelfalle vorliegen und trotzdem die Schutzbestimmungen des Betriebsrätegesetzes noch in Anspruch genommen werden, weil in derartigen Fällen im Sinne des Betriebsrätegesetzes immer noch zu prüfen ist, ob mindestens eine in sich abgeschlossene Betriebsabteilung stillgelegt wurde und, soweit dies der Fall ist, ob die Entlassung „erforderlich“ war. Nach dem § 6 Ziffer b der Stilllegungsverordnung scheidet diese bei Kampfhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern überhaupt aus. Das Betriebsrätegesetz kennt dagegen den Begriff Streit oder Aussperrung nicht. Zu der Bescheidenartigkeit dieser Begriffe hatte das Reichsarbeitsgericht erst zweimal Stellung zu nehmen. In der Entscheidung vom 8. Mai 1929, RAG 578/28, „Arbeitsrechts-Praxis“, Jahrgang 1929, Seite 182, wird gesagt:

„Der Stilllegungsbegriff der Betriebsstilllegungsverordnung ist von dem für die §§ 85, 96 Betriebsrätegesetz bestimmten durchaus zu scheiden. Es besteht allerdings in Betrieben nach Art des Werks des beflagten Arbeitgebers jener produktionsmäßige Zusammenhang zwischen dem Ruhen der Anlagen in den verschiedenen Abteilungen des fortlaufenden Arbeitsvorganges und damit des Betriebes. Diese Erscheinung ist aber grundsätzlich die gleiche, wenn auch nur ein geringer Teil der Anlagen in einer Abteilung und dann fortlaufend in den anderen von der Arbeit abfällt. Sollte das schon eine Teilstilllegung sein, so würde jede Stilllegung im Sinne der Betriebsstilllegungsverordnung für Betriebe wie den der Streitbefangenen unter § 96 Absatz 2 Ziffer 2 fallen, obwohl wirtschaftlich gesehen nichts vorliegt, als eine nicht bedeutende Betriebs Einschränkung. Das wäre bei dem Schutzzweck des § 96 Absatz 2 Ziffer 2 des Betriebsrätegesetzes und dem Ausdruck, den dieser Zweck im Gesetz gefunden hat, eine nicht annehmbare Folge.“

Im Schrifttum und in der Rechtsprechung hat diese nunmehr vom Reichsarbeitsgericht vertretene Auffassung bereits weitläufig überwiegende Anerkennung gefunden. Verringerung der Beschäftigung ist keine Stilllegung im Sinne des Betriebsrätegesetzes, aber auch keine Stilllegung im Sinne der Stilllegungsverordnung. Das höchste Gericht hat den Arbeitgeber im vorliegenden Falle mit Recht auf den Weg der §§ 96 Absatz 1 und 97 Betriebsrätegesetz hingewiesen. Der Arbeitgeber kann bei der Betriebsvertretung die Zustimmung zur Entlassung eines Betriebsvertretungsmitgliedes beantragen. Im Falle er dieselbe nicht erhält, hat er die Möglichkeit, die Erlaubnis der Arbeitsgerichtsbehörden herbeizuführen. Der Einwand des Arbeitgebers, dabei könnten unsachgemäße Entscheidungen ergeben, ist nach Auffassung des Reichsarbeitsgerichtes mit Recht ohne Gewicht, „da das Gesetz nur von dem Standpunkt aus gebietet werden kann, daß die Gerichte in seinem Geiste und nach den Erfordernissen des Lebens entscheiden.“

In einer weiteren Entscheidung vom 5. Juni 1929, RAG 632/28, führt das Reichsarbeitsgericht aus, daß der Begriff des selbständigen Betriebsteils im Sinne der Stilllegungsverordnung nicht durch Gleichsetzung mit dem Betrieb des § 9 Absatz 1 Betriebsrätegesetz, sondern nur aus den besonderen Zwecken der Stilllegungsverordnung erklärt werden kann. Wenn diese Verordnung in ihrem § 1 Ziffer 2 a den selbständigen Betriebsteil dem Betriebe für ihre Zwecke gleichstellt, so komme es darauf an, ob diese Abteilung im Sinne des volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Schutzzweckes dieses Gesetzes ein selbständiger Wirtschaftskörper ist.

Zu dieser Auffassung des höchsten Gerichtes ist zu sagen: Es kommt nach § 9 Absatz 2 des Betriebsrätegesetzes für den Betrieb als Einheit darauf an, daß die Bestandteile eines Unternehmens durch die Betriebsleitung oder das Arbeitsverfahren miteinander verbunden sind. Bei der Stilllegungsverordnung kommt es nur darauf an, daß sie durch das Arbeitsverfahren miteinander verbunden sind. Es können also verschiedene Betriebsabteilungen im Sinne des Betriebsrätegesetzes eine Einheit bilden, im Sinne der Stilllegungsverordnung jedoch verschiedene selbständige Betriebsabteilungen darstellen. Letzterer Begriff entfällt, wenn diese Betriebsabteilungen durch das Arbeitsverfahren verbunden sind. In solchen Fällen kann der Arbeitgeber ohne Erstattung einer Stilllegungsanzeige nicht in jeder Betriebsabteilung bis zu 9 Arbeiter oder bis zu 5 Prozent der beschäftigten Arbeitnehmerzahl oder bis zu 49 Arbeiter entlassen, sondern die Anzeige muß bereits erstattet werden, wenn diese Zahlen insgesamt für alle Betriebsabteilungen als Einheit überschritten werden.

In einer früheren Entscheidung vom 24. Oktober 1928, RAG 151 bis 155/28, „Arbeitsrechts-Praxis“, Jahrgang 1929, Seite 120, war festgestellt worden, daß die Entscheidung über die Selbstständigkeit oder Unselbstständigkeit einzelner Betriebsabteilungen im wesentlichen dem Gebiete der Tatsachenwürdigung angehört und von der Gesamtheit der Umstände, insbesondere von dem Grad ihrer technischen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit, abhängt.

## Unsere Bedürfnisse und ihre Befriedigung

Wohin wir unsere Blicke richten, ist alles der Veränderung, dem Wandel unterworfen. Abgesehen von der ungeheuer schnell wechselnden Mode mit ihren oft lächerlich anmutenden Verirrungen ist dieser Wandel meist ein so langsamer, daß wir ihn kaum bemerken, ja es sogar erst komplizierter Untersuchungen bedarf, um ihn festzustellen. Das trifft auch für die menschlichen Bedürfnisse und ihre Befriedigung zu. Geht man davon aus, den Menschen lediglich als pflanzliches Lebewesen zu betrachten, so sind die zur Erhaltung seiner Art dienenden Bedürfnisse ursprünglich überall gleich und außerordentlich einfach. Sie gehen in den Anfängen seiner Menschwerdung nicht über die des Tieres hinaus, indem sie sich auf Nahrung und Ruhe beschränken. Erst unter der Einwirkung des Klimawechsels oder der Abwanderung des Menschen aus

wärmeren in kältere Gebiete der Erde tritt bei ihm auch das Bedürfnis nach Bekleidung und Obdach zum Schutze gegen Witterungs- und Temperatureinflüsse hinzu.

Da dem Urmenschen technische Hilfsmittel nicht zur Verfügung standen, konnten diese Bedürfnisse nur in primitivster Weise befriedigt werden. Als Nahrung stand ihm lediglich zur Verfügung, was die Natur bot: Beeren und Früchte, Wurzeln und Knollen, kleine Tiere, Muscheln, kurz was an Erdbarem mit den Händen zu erreichen war, darunter vieles, von dem sich selbst der anspruchslose heutige Mensch mit Abscheu und Ekel abwenden würde. Die Enge des zur Verfügung stehenden Nahrungsspielraumes gestattete aber keine besondere Auswahl. Das Vorhandene mußte genügen und genügt, weil der damalige Mensch höhere Bedürfnisse nicht kannte. Gleich primitiv war seine Bekleidung und der Unterschlupf, den er gegen Regen und Kälte zu suchen gezwungen wurde. Roh bearbeitete Felle hüllten seinen Körper ein, während als Obdach das Blättergewirr des Urwaldes, Höhlen und erst viel später aus Zweigen, Blättern oder Gräsern selbstgefertigte rohe Hütten benutzt werden mußten.

Ungeheure Zeiträume, Zehntausende von Jahren, hat es gedauert, bis die Menschen langsam aus diesem sie kaum vom Tiere unterscheidenden Zustande herauswuchsen. Diese Entwicklung war nicht überall gleich, wie wir daran erkennen können, daß es auch heute noch auf der Erde in den wärmeren Zonen Gebiete gibt, in denen die dort befindlichen Menschen, wenn auch nicht mehr in ihrem ursprünglichen, aber doch wenig darüber hinaus fortgeschrittenen Zustande leben. Diese Zurückgebliebenheit war früher selbstverständlich eine viel allgemeinere. Die Anfänge einer höheren Kultur und ihre entsprechend höheren Bedürfnisse reichen verhältnismäßig gar nicht allzuweit zurück, wenn wir auch bei Feststellung der ersten Kulturansätze mit diversen Tausenden von Jahren rechnen müssen. Aber was sind tausend Jahre in der Geschichte der Erde und ihrer Bewohner?

Nach zu Beginn unserer Zeitrechnung waren die Deutschen ein von den Römern als Barbaren bezeichnetes Volk, das sich von Jagd, Viehzucht, Fischfang und einer auf sehr niedriger Stufe stehenden Landwirtschaft ernährte. Die Lebensweise, Nahrung, Kleidung und Wohnung, war deshalb auch in keiner Weise mit der bei den auf wesentlich höherer Kulturstufe stehenden Römern zu vergleichen. Zwischen Freien und Sklaven bestand in dieser Hinsicht kein Unterschied. Dieser bildete sich erst heraus, als die Deutschen mit den Römern in nähere Berührung traten und allmählich deren Lebensgewohnheiten bei ihnen Eingang fanden. Wie bei allen Völkern konnten sich aber auch bei dem Deutschen nur wenige von den wohlhabenderen Römern getriebenen Luxus leisten. Die Masse des Volkes lernte ihn überdies nur vom Sehen kennen und blieb mit seinen Lebensbedürfnissen weit dahinter zurück, weil der niedrige Stand der Technik und die deshalb wenig ergiebige Arbeitsweise keine höhere Lebenshaltung gestattete. Davon machten auch die höheren Stände, einschließlich eines großen Teiles des deutschen Adels, keine Ausnahme. Der höhere Lebensgenuss dieser Kreise erschöpfte sich im wesentlichen in unmäßigen Essen und Trinken, sowie in heute roh anmutenden Vergnügungen, wie Jagden und Heken, gegenseitiger Bekämpfung und Raub, wobei das Volk in der Regel der leidtragende Teil war.

Erst die fortschreitende Bildung sowie der sich mit der Entwicklung der Technik steigende Arbeitsertrag ließen höhere Bedürfnisse entstehen und andere Lebensgewohnheiten eintreten. Diese Umgestaltung der Verhältnisse tritt erst in den Jahren um 1000 nach Christi deutlicher bemerkbar hervor, um mit dem Eindringen des menschlichen Geistes in die Geheimnisse der Natur und der sich vollziehenden Umwälzung der bis dahin üblichen Arbeitsmethoden einen immer schnelleren Fortgang zu nehmen. Im Gefolge dieser Umwälzung vereinigten sich die Lebensgewohnheiten, erweiterten und verallgemeinerten sich schließlich die Bedürfnisse des Menschen in von unseren Vorfahren nie geahmtem Umfange. Was früher als ungeheurer Luxus der durch Besitz bevorrechtigten Klasse angesehen wurde, sank zum allgemeinen Gebrauchsgegenstand herab, ohne daß man sich dieses Umschwunges bewußt wurde. Hierfür nur einige Beispiele.

Ein erheblicher Teil der heutigen Lebensmittel war unseren Vorfahren unbekannt. So kam selbst das Brot in einer der heutigen ähnlichen Beschaffenheit in Deutschland erst zu Beginn des Mittelalters in allgemeinen Gebrauch. Vorher begnügte man sich mit einer in Wasser oder Milch gesotteten zähen Mehlmischung, die in Stücke zerleinert, mit etwas Schmalz genossen wurden. Reis war noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts eine Luxusware, desgleichen Zucker, Kaffee, Tee und Tabak. Die Kartoffel fand erst nach dem Dreißigjährigen Kriege in Deutschland Verbreitung und der allgemeinere Konsum von Getreide, Süßfrüchten und Nahrungsmitteln aus den Tropen oder von Uebersee konnte sich erst in jüngster Zeit mit dem modernen Eisenbahn- und Seeschiffahrtverkehr entwickeln. Ähnlich steht es mit den Dingen des täglichen Gebrauchs und der Bekleidung. Nach unsere Großeltern benutzten den Kienspan, die qualmende Vellampe oder die Talglampe zur Wohnungsbeleuchtung. Die Speisen wurden am offenen Herdfeuer zubereitet, die Kleidung und Wäscheausstattung mußte, bei der Herstellung beschafft, beinahe für ein Menschenalter reichen. Veränderungen der Mode im heutigen Sinne kannte man nicht. Selbst die wirtschaftlich Bessergestellten konnten sich einen solchen Luxus nicht leisten. Dazu waren die Wohnungs- und Lebensverhältnisse nicht nur der ärmeren Volksschichten außerordentlich rückständig und sprachen wie die vielen, unzähligen Menschenleben dahinschaffenden Seuchen beweisen, allen hygienischen Anforderungen hoch. Hiernach bleibt, nüchtern betrachtet, von der Romantik der sogenannten guten alten Zeit nur recht wenig übrig!

Die Lebensverhältnisse wie die Lebensbedürfnisse haben sich somit gegen früher ganz gewaltig verändert und auch die arbeitende Bevölkerung hat an dieser Veränderung teilgenommen. Ihr Lebenskomfort hat sich erhöht, die Summe ihrer Lebensbedürfnisse erweitert, die auf die zur Deckung dieser Bedürfnisse notwendige Arbeitszeit ist beträchtlich zurückgegangen, die Arbeitsverhältnisse haben sich wie die allgemeinen Gesundheitsverhältnisse gebessert, die durchschnittliche Lebensdauer ist beträchtlich verlängert worden. Das alles ist freilich nicht, wie noch so viele vermeinen, von selbst gekommen, sondern nur dadurch, daß die arbeitenden Volksschichten politisch und wirtschaftlich zu denken begannen und im organisierten, gewerkschaftlichen Zusammenschluß von der herrschenden, die Produktionsmittel besitzenden Klasse einen höheren Lebensanteil forderten und durchsetzten, zugleich aber auch ihre Lebensbedürfnisse steigerten.

Um die Erhöhung dieses Anteils an Lebensgenuss und Lebensfreude müssen sie auch heute noch kämpfen. Und sie haben in dieser Richtung noch sehr viel Forderungen zu stellen, die bei dem heutigen Stande der Technik wohl erfüllt werden könnten, von der herrschenden Klasse aber freiwillig nicht erfüllt werden. Trotz der fortgeschrittenen technischen Entwicklung, der gegen früher ins Ungeheure gesteigerten Leistungsfähigkeit der modernen Arbeitsmaschinen und Arbeitsmethoden bleibt die Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Volksmassen doch nur auf das Allernotwendigste beschränkt. Das braucht nicht zu sein, ist aber so, weil die heutige Produktion nicht der Befriedigung des allgemeinen Bedarfs, sondern der Bereicherung der Produktionsmittelbesitzer dient! Daraus entsteht der Widerstand, daß alle Verbesserungen des technischen Produktionsapparates anstatt zur Erhöhung der allgemeinen Lebenshaltung sowie zur Erweiterung und Befriedigung der Lebensbedürfnisse beizutragen, die Tendenz haben, das Gegenteil zu bewirken.

Nur der zähe organisierte Widerstand der arbeitenden Volksschichten kann eine solche rückläufige Entwicklung verhindern und ihren entsprechenden Anteil an den erzielten Fortschritten sicherstellen. Zweifellos wäre dieser Anteil größer, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem Widerstand sowie in dem Streben nach Verbesserung ihrer Lebenshaltung einig wären. Sie sind es leider nicht! Das ist die Ursache, warum der soziale Aufstieg der

Arbeiterklasse so langsam vor sich geht, es immer neuer und fortgesetzter Anstrengungen bedarf, seinen Stillstand zu verhindern. Dennoch sind diese Bemühungen nicht umsonst! Die aus der geschichtlichen Entwicklung des arbeitenden Menschen hervorgehenden Erfolge beweisen, daß trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten ein Grund zur Entmutigung nicht vorliegt und die Bestrebungen auf weitere Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt werden müssen. Mtt.

## Der russisch-chinesische Konflikt und die deutsche Wirtschaft

Die Zeiten sind längst vorüber, wo es gleichgültig sein konnte, wenn „hinten, weit in der Türkei, die Vögel aufeinander schlagen“. Jeder Konflikt zwischen zwei Völkern, auch an den entlegensten Winkeln der Erde, wirkt sich ungünstig auf die Wirtschaft der Industriestaaten aus. Zwischen Rußland und China ist ein folgenreicher Konflikt über die ostchinesische Eisenbahn ausgebrochen. Wenn man auch als sicher annehmen darf, daß es nicht zum Kriege kommt, so wird doch jedes der beiden Länder in der wirtschaftlichen Entwicklung durch dieses Kriegsgeschrei gehemmt werden. Wie der Konflikt zwischen Rußland und China auf die deutsche Wirtschaft sich auswirken würde, zeigen die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern und Deutschland. Die deutsche Wareneinfuhr aus Rußland und China hat sich in den letzten Jahren folgendermaßen entwickelt:

	Ausfuhr aus:		
	Rußland	China	Summe
	(in Millionen Mark)		
1925	230,2	228,5	458,7
1926	322,5	197,2	519,7
1927	432,8	265,1	697,9
1928	379,3	329,9	709,2

Es ist also eine Steigerung um rund 250 Millionen Mark von 1925 bis 1928 festzustellen. Ungefähr in dem gleichen Verhältnis entwickelte sich der deutsche Export nach den beiden Ländern:

	Ausfuhr nach:		
	Rußland	China	Summe
	(in Millionen Mark)		
1925	251,1	118,0	369,1
1926	265,7	151,5	417,2
1927	329,6	121,0	450,6
1928	403,4	169,8	573,2

Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, wie die deutsche Wirtschaft darunter leiden würde, wenn der Konflikt im fernen Osten auf die Spitze getrieben würde.

## Die Entwicklung der Eigenproduktion in den deutschen Konsumgenossenschaften

Wenn auch der Gesamtumsatz der deutschen Konsumgenossenschaften mit rund 1 1/2 Milliarden im Vergleich zum gesamten Warenumschlag durch den Privathandel im Gesamtbetrag von rund 30 Milliarden Mark im Jahre 1928 noch einen verhältnismäßig geringen Anteil bedeutet — er könnte bei einiger Einsicht der großen Verbrauchermassen in die inneren Zusammenhänge von Haus- und Volkswirtschaft zehnmal größer sein! —, so besitzt dieser Umsatz doch einen ganz eigenartigen inneren Wert und eine besondere Bedeutung für das Kapitel der produktiven Wirtschaftsdemokratie. Wofür sich Sozialisten und Gewerkschafter am allermeisten interessieren dürften. Aber auch die Verbraucher im allgemeinen haben ein Interesse daran, zu sehen, wie sich genossenschaftlich organisierte Kaufkraft allmählich in Produktion für den eigenen Markt umsetzt. Und da es sich hierbei fast ausschließlich um Nahrungsmittelproduktion handelt — Backwaren, Teigwaren, Fleisch- und Wurstwaren usw. usw. —, so gewinnen die Zahlen eine wesentlich größere Bedeutung am Gesamtumschlag des deutschen Privathandels, in welchen ja die gesamte Verbrauchsgüterproduktion einbezogen ist.

Zur Beurteilung des Verhältnisses der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion zum Umsatz dienen am besten die von den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine (Hamburg) bekannten Zahlen. Außer dieser größten Zentralorganisation der deutschen Konsumgenossenschaften käme noch der Reichsverband deutscher Konsumvereine (Köln) in Betracht, was aber für die nachfolgende Zusammenstellung keinerlei alterierende Bedeutung besitzt, in welcher die Umsatz- und Produktionszahlen der Geschäftsjahre 1924/25 bis 1927/28 eine interessante Entwicklung zeigen. Es betragen:

Umsatz:	Eigenproduktion:
1924/25 616,1 Mill. Mk.	rd. 160 Mill. Mk. = 26,0 % des Umsatzes
1925/26 746,7 Mill. Mk.	rd. 186 Mill. Mk. = 25,0 % des Umsatzes
1926/27 881,1 Mill. Mk.	rd. 241 Mill. Mk. = 27,4 % des Umsatzes
1927/28 1045,9 Mill. Mk.	rd. 302 Mill. Mk. = 29,0 % des Umsatzes

Diese Zahlen zeigen, daß zwar in den beiden ersten Vergleichsjahren das Prozentverhältnis der Eigenproduktion zum Umsatz um eine Kleinigkeit gefallen ist, daß aber in den weiteren Vergleichsjahren die Differenz wieder ausgeglichen wurde und nach einer Steigerung um 3 Prozent gegenüber dem Geschäftsjahre 1924/25 erfolgte.

Diese Entwicklung scheint geringfügiger Natur zu sein. Wenn man aber beachtet, daß der Umsatz vom ersten Vergleichsjahr bis zum letzten eine Steigerung um 429,8 Millionen Mark erfuhr und die Eigenproduktion mit einer Steigerung um 142 Millionen Mark reagierte, also das Verhältnis noch um 3 Prozent erhöhte, so ergibt sich eine ganz unerwartete Zunahme der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion, welche den Charakter der deutschen Konsumvereine als eigentliche Konsum- und Produktionsgenossenschaften erkennen läßt. Und es ist von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung, daß diese Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion mit ihrer andauernden Steigerung den Beweis liefert, wie einfach und risikolos die Regelung der Produktion für den eigenen Markt ist. Sie ist aufgebaut auf dem Warenumschlag innerhalb des eigenen Marktes, bedeutet also: Regelung der Produktion durch genossenschaftliche Organisation des Verbrauchs. Die Ausschaltung der Zufälligkeiten und Spekulationen des offenen Marktes bedeutet Ausschaltung von Kapital- und Produktionsrisiko. Es wird nicht mehr planlos produziert, wobei Warenverderb und Zinsverlust die Risikoprämie des Kapitals bedeuten, sondern es wird bei nahezu absoluter Kenntnis des Bedarfs nur soviel produziert, als man braucht. Worin das „Geheimnis“ der risikolosen Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften beruht. Und ihre Bedeutung als praktisches Beispiel für die Durchführbarkeit der Marx'schen Theorie, die nach simplen Begriffen eigentlich ganz zu Unrecht Menschen, Völker und Völkern in den letzten 7 Dezennien politischen Kampfes ausgewählt hat.

Man braucht sich also das von den Konsumgenossenschaften gegebene Beispiel nur auf nationaler Stufenleiter im volkswirtschaftlichen Ausmaß vorzustellen, um einzusehen, daß Wirtschaftsdemokratie technisch möglich und sozialwirtschaftlich notwendig und zweckmäßig ist.

## Die Tagung der Internationalen Handelskammer in Amsterdam

Die größte und umfassendste internationale Organisation, die Internationale Handelskammer, hielt ihre diesjährige Tagung in der Woche vom 8. bis 13. Juli in Amsterdam ab. Die alle zwei Jahre erfolgenden Zusammenkünfte dieser Vereinigung, an der 45 Staaten angeschlossen sind, verdienen auch die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder. Eine größere Zusammenballung

privatkapitalistischer Macht ist schlechterdings nicht möglich. In Amsterdam fanden neben vielen weniger wichtigen sehr bedeutungsvollen Punkten der Tagesordnung. Wir wollen versuchen, über letztere ein Bild zu geben.

Wie bereits in Stockholm wurde in Amsterdam über die Beschränkung des Weltverkehrs durch die Zölle geredet. Man kam auch diesmal zu der einmütigen Auffassung, daß die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrzölle, die Herabsetzung der Zölle auf allen Gebieten unbedingt notwendig sei. Mit einer gewissen Bequemlichkeit wurde festgestellt, daß die Frage der Zollsenkungen nur wenige Fortschritte mache, im Gegenteil manche Staaten zu einer Herabsetzung der Zölle übergehen. In einer Entschließung wurde den Regierungen erneut empfohlen, auf eine Senkung der Zolltarife bedacht zu sein. Es muß abgewartet werden, ob dieser erneute Ruf der I.S.R. wiederum wirkungslos verhallt. Es ist nämlich sehr schön, vor einem internationalen Gremium freihändlerische Reden zu halten, wenn man ganz genau weiß, daß die Politik zu Hause den entgegengesetzten Weg einschlägt.

Wahrscheinlich auf Betreiben der deutschen Delegation beschäftigte sich die I.S.R. sowohl in der Vollversammlung wie in den Ausschüssen mit der privatwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand. Es wurde eine umfangreiche Denkschrift in dieser Frage vorgelegt. Ein amerikanischer Delegierter lang ein Loblied auf die Tüchtigkeit der individuellen Unternehmer. Er führte den wirtschaftlichen Aufschwung Amerikas allein auf diese Tatsache zurück. Ein deutscher Delegierter, Geheimrat Brecht, Generaldirektor der Rheinischen A.-G. für Branntlohnbergbau, vertrat die bekannten Ansichten der deutschen Unternehmer. Er ging aus von der Stellungnahme der Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Prag. In der Entschließung der I.S.R. wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Privatinitiative und die private Wirtschaftsführung das wirksamste Mittel seien, um den Fortschritt der Produktivität zu sichern. Was konnte man anderes erwarten?

Ein weiterer wichtiger Verhandlungspunkt war die chinesische Frage. Aus China war eine starke Delegation erschienen, die nicht mehr wie früher als die Abgelandten eines unterdrückten Staates gelten wollten, sondern als gleichberechtigte Partner. Das erwachende China bildet bekanntlich eines der größten Zukunftspunkte der Weltwirtschaft. Mehr als 400 Millionen Menschen sind bis heute an den Kreislauf der kapitalistischen Waren- und Geldzirkulation nur lose angeschlossen. China ist ein armes Land und könnte zu einem reichsten der Welt werden. Die revolutionären Wirren Chinas sind die Geburtswehen eines neuen Zeitalters für dieses Land. Kein Wunder mithin, daß die schlaue Leiter der I.S.R. auf den Gedanken kamen, mit chinesischen Abgelandten über das Problem der Aufschließung des chinesischen Marktes zu sprechen. Sie werden erkaunt gewesen sein, daß die Chinesen in energischer Weise ihre Rechte und Forderungen geltend machten. Diese liegen vor allem in folgendem: Abschaffung der Sonderrechte der Fremden und der Konzular-Gerichtsbarkeit, Aufhebung der Konzessionen und Pachtgebiete, Zurückziehung der ausländischen Land- und Seestreitkräfte usw. Namentlich den Amerikanern und Engländern slangen diese Forderungen recht unangenehm in den Ohren. Eine lauwarme Entschließung, worin man die Teilnahme Chinas an den Arbeiten der I.S.R. befriedigend feststellte, wurde angenommen.

Der Kongreß der I.S.R. konnte natürlich nicht an der Reparationsfrage vorübergehen. Die deutschen Delegierten übten bei diesem Punkt Zurückhaltung. Die Entschließung der I.S.R. enthält die Zustimmung zum Young-Plan. Sie begrüßt den Plan als eine Einheit und drückt die Hoffnung aus, daß derselbe recht bald zur Unterlage einer endgültigen und vollständigen Regelung des Reparationsproblems gemacht werden möge. Zu diesem Punkt sprach auch der Leiter des englischen Chemietrusts Sir Alfred Mond oder, wie er jetzt heißt, Lord Melchett. Dieser äußerte sich dahin, daß internationale Schulden nur durch Waren bezahlt werden können. Die Bank für internationale Zahlungsausgleich sei der wichtigste Teil des Planes, jedoch könne das ganze Problem ohne Mithilfe amerikanischer Finanzkräfte nicht gelöst werden.

Die I.S.R. und ihre Tagungen können als ein Beweis gelten, daß ohne internationale Fühlungnahme kein Land mehr zu wirtschaften vermag. Jedoch sprach ein englischer Delegierter das richtige Wort aus, wenn er sagte: „die meisten Nationen müssen in internationalen Wirtschaftsverhältnissen erst noch erzogen werden.“ Die meisten Länder treiben zollpolitisch eine Politik, die vom engstirnigsten Nationalismus diktiert ist. Natürlich paßt so etwas in den Rahmen internationaler Zusammenarbeit nicht hinein. Man muß anerkennen, daß die I.S.R. sich bemüht, die Unternehmer zum internationalen Denken zu erziehen. Vorläufig ist natürlich die Existenz eines jeden einzelnen und die nationale Verbundenheit miteinander wichtiger. Naturgemäß ist und bleibt die I.S.R. ein Machtmittel der kapitalistischen Wirtschaft. Der Weg für die Zukunft wurde einmal angedeutet, indem ein Delegierter gegen die Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses polemisierte. Der I.G.B. muß als Gegenpol zu dieser Großmacht der Unternehmer entwickelt werden. Waschen wir uns keine Illusionen darüber, daß dazu noch ungeheure Arbeit notwendig ist. Zur I.S.R. gehören 45 der größten und wichtigsten Länder der Welt. Damit alle Unternehmungen, weil sie den nationalen Industrie- und Handelskammern angehören. Beim I.G.B. sieht die Sache leider noch anders aus. Es sind zum ersten viel weniger Länder hier zusammengeschlossen, zum zweiten umfassen die angeschlossenen Gewerkschaften nur Teile der Arbeiterchaft. Die Schwäche der Arbeiterchaft tritt klar zutage. Der Weg ist damit gewiesen.

## Die Verbandstagung der deutschen Buchdrucker

In der Zeit vom 24. bis zum 29. Juni trat in Frankfurt am Main der 14. Verbandstag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zusammen. Dem Geschäftsbericht zufolge stieg die Mitgliederzahl des Buchdrucker-Verbandes vom 1. Januar 1926 bis zum 31. Dezember 1928 von 79 340 auf 83 908. Die Buchdrucker sind zu 96 v. H. organisiert, wovon etwa 3 v. H. auf den christlichen Verband entfallen. Diesem starken freigewerkschaftlichen Zusammenschluß verdanken die Buchdrucker in erster Linie ihre Erfolge. Die Lehrlingsabteilung weist für die gleiche Berichtsperiode eine Zunahme von 11 330 auf 17 327 Mitglieder auf, woraus hervorgeht, daß etwa 85 v. H. aller im Buchdrucker-gewerbe tätigen Lehrlinge im Buchdruckerverband organisiert sind. Zusammen mit den Lehrlingen hat der Buchdruckerverband über 100 000 Mitglieder. Bei der Berichterstattung über die Lohn- und Tarifbewegungen in den letzten Jahren wies der Verbandsvorsitzender Krauß besonders auf die Lohnbewegung im Jahre 1928 hin, die mit der Verbindlichkeitsklärung eines ungenügenden Schiedsspruches beendet wurde. Durch einen Streik trotz der Verbindlichkeitsserklärungen wäre zweifellos der Tarif- und Schlichtungsfeindschaft des Gesamtunternehmertums in die Hände gearbeitet worden. Das durfte nicht geschehen, weil das Schlichtungswesen nicht nur eine Sache der Buchdrucker oder einer Einzelgewerkschaft ist, sondern eine die gesamte Gewerkschaftsbewegung berührende soziale und wirtschaftspolitische Frage. Der Verbandsvorsitzender berichtete u. a. darüber, daß das Verbandsvermögen Ende 1926 insgesamt 4 324 691 Mark oder pro Mitglied 53,74 Mark betrug; Ende 1928 dagegen hat das Verbandsvermögen 8 336 964 Mark betragen, ist also auf 99,36 Mark pro Mitglied gestiegen. Dem Verbandsrat ist es nach dem Zusammenbruch der deutschen Währung in kurzer Zeit gelungen, sein Unternehmertum wieder in vorbildlicher Weise aufzubauen und der Organisation ein starkes wirtschaftliches Rückgrat zu geben. Nach einer lebhaft geführten Aussprache, in der sich der Wille zu aufbauender Arbeit dokumentierte, wurde dem Verbandsvorstand einstimmig das Vertrauen für seine Geschäftsführung ausgesprochen. Dieses Ergebnis war ein verheißungsvoller Auftakt für die Erledigung sämtlicher übrigen Tagesordnungspunkte des Verbandstages. Sie betrafen in der Hauptsache die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Schaffung von Einrichtungen zur Förderung des beruflichen Nachwuchses. Um das Unternehmertum, namentlich die Invalidenunterstützung, der wirtschaftlichen Ent-

wicklung entsprechend ausgestaltet zu können, wurde mit großer Mehrheit die Erhöhung des Verbandsbeitrages um 30 Pfennig wöchentlich beschlossen. Die Sätze der Invalidenunterstützung betragen zukünftig in der geringsten Staffel (450 Beiträge) 1,40 Mark pro Tag, in der höchsten Staffel (2000 Beiträge) 2,40 Mark pro Tag. Angenommen wurden auch einige Entschlüsse, von denen sich eine gegen den organisierten Lohnabbau der Unternehmer richtet und in welcher den davon Betroffenen der stärkste Schutz der Organisation zur Seite gestellt wird. Eine andere Entschlußung verurteilt aufs schärfste die Verbote von Zeitungen und die damit in Verbindung stehenden, bei Gehilfen vorgenommenen Hausdurchsuchungen. Eine weitere richtet sich sowohl gegen die restlose Ausnützung der Lehrlingskassa durch die Unternehmer und die dadurch entstehende Vermehrung der Arbeitslosen, erwartet aber auch von den Gehilfen, daß Ueberstunden möglichst vermieden werden. Der Gründung eines Industrieverbandes stellte sich der Verbandstag ab-lehnend gegenüber in der Ueberzeugung, daß die jetzige Form der Zusammenarbeit der graphischen Verbände im Graphischen Bund dem kommenden Zusammenschluß dieser Verbände die Wege ebnet und besonders auch über die notwendigen Voraussetzungen bezüglich der inneren Organisationsform und der regionalen Aufteilung des Organisationsgebietes Uebereinstimmung in den Mitgliederkreisen herbeiführen wird. Einmütige Anerkennung und Billigung erfuhr die Haltung des Verbandsorgans, des zweimal wöchentlich erscheinenden „Korrespondent“, des ältesten deutschen Gewerkschaftsblattes. — Höhepunkte des Verbandstages bildeten die Referate des Prof. Dr. Rütting über „Wirtschaftspolitik“ im Rahmen des demokratischen Gegenwartsstaates und des Bundesvorsitzenden Peter Graumann über „Die Politik des ADGB“. Aus den Wahlen zum Verbandsvorstand gingen hervor Otto Krauß als 1. Vorsitzender und Richard Barth als 2. Vorsitzender. Auch die Wahl der Redakteure des Verbandsorgans ergab Einstimmigkeit. Alles in allem nahm der 14. Verbandstag der Buchdrucker einen Verlauf, wie er einer Organisation würdig ist, die Wert darauf legt, den Unternehmern zu beweisen, daß ihre Bewegung gesund, stark und kampfbereit ist. Eine solche Macht, wie sie der Buchdruckerverband verkörpert, flößt auch kapitalträchtigen Gegnern bei sozialen Kämpfen den nötigen Respekt ein.

## Arbeiterferien in den einzelnen Ländern

Der Krieg hat auf vielen Gebieten wie ein Revolutionär gewirkt. Neben den vielen Schäden hat er das Gute gebracht, daß die Hand- und Kopfarbeiter nach Schluß des Jahres sich ihrer geschichtlichen Mission bewußt wurden und ihre eigenen Angelegenheiten in die Hand nahmen. Neben der Verkürzung der Arbeitszeit, die fast in allen Ländern erfolgte, ist die Gewährung eines bezahlten Urlaubs die wichtigste Errungenschaft. Nach einer Zusammenstellung, die wir der vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund herausgegebenen „Gewerkschaftlichen Rundschau“ entnehmen, betrug die Zahl der Arbeiter, die Anspruch auf bezahlten Urlaub haben, in den einzelnen Ländern:

Land	Arbeiter
Deutschland	8 680 000
Tschechoslowakei	3 000 000
Oesterreich	2 014 000
Großbritannien	1 500 000
Polen	900 000
Schweiz	223 814
Belgien	212 000
Lettland	160 000
Niederlande	108 936
Dänemark	106 424
Estland	51 680
Schweden	40 730
Rumänien	19 366

In dieser Zusammenstellung fehlen große Länder, wie Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten, Rußland u. a. In Frankreich erhalten die Arbeiter in sehr geringem Umfang Ferien. Ein Gesetzentwurf des Arbeitsministers, der einen Urlaubsanspruch für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten enthält, ist in Vorbereitung. In den ehemals deutschen Gebieten von Elsaß-Lothringen werden heute schon Ferien gewährt. Dies ist wohl den strefferen Arbeiterorganisationen dort zu danken. In Italien ist das Gesetz über die Ferienfrage vom Jahre 1919 nicht zur Auswirkung gekommen. In den Vereinigten Staaten werden unseres Wissens keine Ferien gewährt. In Sowjet-Rußland steht das Arbeitsgesetz vom Jahre 1922 für alle gegen Lohnarbeit beschäftigten Personen Ferien vor. Doch ist noch nicht bekannt geworden, inwieweit dieses Gesetz zur Ausführung gekommen ist.

Eine gesetzliche Regelung der Ferien für den größten Teil der Arbeiter besteht in Finnland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich und Polen. In allen übrigen Ländern besteht ein Anspruch auf bezahlten Urlaub nur insofern, wie ein solcher durch Tarifverträge und gewerkschaftliche Abmachungen erreicht wurde. Die obige Zusammenstellung zeigt, markiert Deutschland an der Spitze. Von dem am 1. Januar 1927 in Kraft befindlichen Tarifverträgen mit 10,9 Millionen Arbeitern hatten rund 8,7 Millionen Arbeiter das Recht eines bezahlten Urlaubs. Das sind rund 80 Prozent. Inzwischen wird sich dieses Verhältnis gebessert haben. Zu den Zahlen von Deutschland kommen noch die Angestellten und die Bediensteten in öffentlichen Betrieben, so daß die deutsche Ziffer eigentlich wesentlich höher angegeben sein müßte. Nach Deutschland dürfte Oesterreich am besten gestellt sein. Welleicht hält dieses Land überhaupt die Spitze. Alle übrigen Länder bleiben weit dahinter zurück. Die deutschen Verhältnisse lassen immerhin erkennen, daß die Gewerkschaftsbewegung hierzulande in freie Vereinbarung zu besseren Resultaten kam, als in den meisten Industrieländern. Wenn sich die deutschen Arbeiter darauf auch weiter nichts einbilden, so braucht doch diese Tatsache nicht verschwiegen zu werden. Nach einer Berechnung, des Internationalen Arbeitsamts für das Jahr 1926 hatten von den 47 Millionen europäischen Arbeitern 19 Millionen oder rund 40 Prozent einen Anspruch auf bezahlten Urlaub auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmungen. Von diesen 19 Millionen stellt Deutschland rund 45 Prozent, die beiden deutschsprachigen Länder Deutschland und Oesterreich zusammen rund 56 Prozent oder mehr als die Hälfte aller Arbeiter, die Ferienanspruch haben. Immerhin ein ganz annehmbares Resultat.

## Die Entwicklung von Bevölkerung und Einkommen

Das Institut für Konjunkturforschung bringt in seinem Wochenbericht vom 3. Juli eine Betrachtung über die Entwicklung des Einkommens in der Gegenwart. Dem schließt sich eine Untersuchung über die künftige Entwicklung von Bevölkerung und Einkommen an. Voraus geht dem eine Berechnung der Einzelhandelsumsätze in den letzten Monaten. Die Einzelhandelsumsätze sind in den Monaten April und Mai sehr verschieden gelagert. Im Mai waren sie durchschnittlich höher als im Vorjahre, worin die Tatsache zum Ausdruck kommt, daß das Frühjahrgeschäft diesmal um einen Monat später eingeleitet hat. Des ferneren zeigt sich darin eine Reaktion auf die Umschlagkrumpfung in den Wintermonaten. Diese Belebung der Einzelhandelsumsätze in den letzten Monaten wird weiter darauf zurückgeführt, daß sich in der gleichen Zeit auch die Einkommensverhältnisse günstig gestaltet haben. „Das Einkommen der Industriearbeiterchaft hat — gemessen an Beschäftigung und Lohnhöhe — im Mai den Vorjahrsstand wieder überschritten. Auch die anderen Teile des Arbeitseinkommens dürften sich annähernd in der gleichen Richtung entwickelt haben. Jedenfalls ist das Lohnsteuereinkommen, in dem die Bewegung des gesamten Arbeitseinkommens zum Ausdruck kommt, in den letzten Monaten recht erheblich gestiegen. Man wird also annehmen können, daß die Einkommensausfälle durch die übernormale winterliche Arbeitslosigkeit zu einem Teil wieder ausgeglichen sind.“

Die Verzögerung des Einkommensvolumens, obwohl der Beschäftigungsgrad in den meisten Wirtschaftszweigen geringer ist, als vor einem Jahre, wird vom Konjunkturinstitut damit erklärt, daß sich einmal das Lohnniveau seither erhöhen konnte, vor allem aber, daß trotz gesunkenen prozentualen Beschäftigungsgrades die Wirtschaft in der Lage war, im Laufe des Jahres neu wachsende Arbeitskräfte aufzunehmen und so die Zahl der Einkommensbezieher zu vermehren. Die Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen nach Ende April um rund 840 000 größer als vor einem Jahre. Nach Abzug der um 430 000 vermehrten Arbeitslosen bleibt ein Nettogewinn an Arbeitskräften von rund 410 000. Hierin liegt die Steigerung des Einkommensvolumens.

Die zukünftige Entwicklung über Bevölkerung und Einkommen hängt von dem Wachstum der Bevölkerung und den Veränderungen in deren Altersaufbau ab. Das Konjunkturinstitut legt dieser Voraussicht folgende Zahlenübersicht zugrunde:

Jahr	Vorausichtliche Veränderung in der Zahl der Erwerbstätigen (Zunahme oder Abnahme gegenüber dem Vorjahre in 1000)		
	Männer	Frauen	Zusammen
1929	+ 263	+ 113	+ 376
1930	+ 262	+ 107	+ 369
1931	+ 71	+ 36	+ 107
1932	- 51	- 31	- 82
1933	- 70	- 51	- 121
1934	- 71	- 46	- 117
1935	+ 91	+ 10	+ 101
1936	+ 222	+ 108	+ 330
1937	+ 273	+ 113	+ 386
1938	+ 161	+ 56	+ 217
1939	+ 132	+ 41	+ 173
1940	+ 91	+ 31	+ 122

Inwieweit diese Entwicklung eine Verlangsamung der Einzelhandelsumsätze herbeiführen wird, hängt davon ab, ob die Senkung der Zahl der Einkommenssträger durch eine Erhöhung der Einkommensausgaben ausgeglichen wird, wie sie mit zunehmender Produktivität der Volkswirtschaft zu erwarten ist. Das Konjunkturinstitut fährt dann mörlich fort: „So wird z. B. damit zu rechnen sein, daß sich ähnlich wie die Zahl der Erwerbstätigen auch die Zahl der Haushaltungen entwickeln wird, so daß für den Absatz an Hausrat und Möbeln zunächst mit einer Verlangsamung des Wachstums zu rechnen ist. Das gilt jedenfalls für den mengenmäßigen Absatz. In den Absatzwerten muß sich dies nicht unbedingt auswirken, da ein etwaiger Rückgang der Absatzmenge bei steigendem Einzeleinkommen durch entsprechend höhere Qualitäten ausgeglichen werden kann.“

Aus diesen Untersuchungen des Konjunkturinstituts dürfte sich mit ziemlicher Eindringlichkeit die Bedeutung des Masseneinkommens für die Volkswirtschaft ergeben. Die deutsche Volkswirtschaft hängt in ihrer ganzen Existenz davon ab, inwieweit es gelingt, den arbeitenden Teil der Bevölkerung kaufkräftig zu erhalten. In einer späteren Unter-suchung weist das Konjunkturinstitut hierauf mit folgenden Worten hin: „Die Einkommenspyramide zeigt mit großer Eindringlichkeit, welche Bedeutung zahlenmäßig den unteren Einkommensschichten zukommt. Gleichzeitig wird man sich auch vergegenwärtigen müssen, daß es gerade die kleinen Einkommen sind, deren Nachfrage nach den Gütern des nicht konstanten Bedarfs besonders elastisch ist. Denn bei diesem Einkommen ist der Betrag, der über die Ausgaben für feste Verpflichtungen (Miete, Heizung, Versicherung usw.) und die Ernährungsausgaben hinaus übrigbleibt, nicht nur absolut, sondern auch prozentual am geringsten, wie neue Untersuchungen wieder bestätigt haben.“ Die Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes in der Zukunft sind die Bedingungen für den Fortbestand und den Aufstieg der deutschen Wirtschaft. Möge sich die Arbeiterchaft dies vor allem merken.



Wie wieder Krieg. Broschüre illustriert, Verlag: Internationaler Gewerkschaftsbund, Amsterdam. Ladenpreis 1,50 Mark. Für Gewerkschaftsmitglieder 1 Mark. Die Broschüre kann bezogen werden durch die Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14, Julestr. 6. — Es dürfte kaum ein geeigneteres Mittel gegen den Krieg geben als diese Broschüre, denn wer die Abbildungen sieht, die natürliche Aufnahmen darstellen, wird nie in Kriegsbegeisterung münden und bei jeder Gelegenheit, in jeder Situation, gegen den Weltkrieg protestieren.

Der Geschäftsbericht 1928 des I.G.B. ist umfangreich und mit Tabellen und Bildmaterial reichlich ausgestattet. Es wird über eine ausgeübte sozialpolitische Arbeit berichtet, die wir vor allem bei der Gestaltung und Ausführung der sozialpolitischen Gesetgebung beobachten können. Der Arbeitsmarkt ist mit hunderten Tausenden stellenloser Angestellten belastet. Die Not der älteren Angestellten wächst und manche Frage der Sozialversicherung ist ungenügend geregelt. Unter diesen belastenden Umständen gemittelt die Tätigkeit des I.G.B. an Bedeutung. Trotz aller Schwierigkeiten ist der Mitgliederbestand von 152 230 zu Anfang des Berichtsjahres auf 176 000 am Ende des Jahres gesteigert worden. Inzwischen beläuft sich diese Zahl auf 186 000. Die Entnahmen des Verbandes haben sich erheblich vermehrt und die erhöhten Ansprüche an die vielseitigen Unterstützungsleistungen der Organisation lassen erkennen, daß der Aufstieg auch mit einer glänzenden Leistungsfähigkeit verbunden ist.

Beamtenchaft und Verwaltungsreform. Rundgebung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zur Reichs- und Verwaltungsreform am 13. Mai 1929. Verlags-gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes m. b. H., Berlin W. 35, Potsdamer Str. 106. Preis 0,50 Mark.

Bericht das schaffende Berlin! Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit hat einen Sonderprospekt herausgegeben, der die Organisationen einladet, Reisen nach Berlin zu unternehmen. Für den Aufenthalt in Berlin ist vom Reichsausschuß ein Programm ausgearbeitet worden, das den Teilnehmern in drei Tagen die wichtigsten Einblicke über das schaffende Berlin vermitteln soll. Der Prospekt, das Programm und die näheren Bedingungen des Aufenthalts in Berlin enthält, ist unentgeltlich durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zu beziehen. Das Programm kann je nach den besonderen Interessen und Wünschen der Organisationen (Gewerkschaften, Parteivereine, Kulturorganisationen) beliebig ergänzt und umgestellt werden.

Die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Büchermärkte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 Mark für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, stellt Probe-nummern gern zur Verfügung.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin. Abonnementpreis vierteljährlich 3,00 Mark, für Organisationsmitglieder 2,50 Mark. — Das Juli-Heft der Zeitschrift enthält einige außerordentlich interessante Artikel, und zwar befaßt sich Dr. Kurt Bloch mit der Beteiligung der Reparationsparagrafen, Vladimir Koptilkin bringt eine interessante Statistik über die Tarifverträge in Deutschland, Dr. Georg Platon einen Artikel zur Statistik des kollektiven Arbeitsrechts. Clemens Körpel schreibt über die Veränderung des Betriebsgesetzes und Dr. Judith Grünfeld über das Lohnproblem der Arbeiterin. — In der Rundschau der Arbeit wird über Neuordnung der Landwirtschaftskammern, über die Konzele zum Handelsgelehrten berichtet und außerdem eine ausführliche Schriftenübersicht über wirtschaftliche Fragen betreffende Bücher gegeben.

Ein neuer verbesserter Auflage erschien im Verlag von A. W. Jänsfeldt, Oerwied (Hanz), ein Sammelbuch der Beschlüsse über die Endgültigkeit aus der Aufrechnung der Quittungsstellen zur Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung! Preis 40 Pf.

Der Zweck dieses Sammelbuchs ist: die wichtigen Bestimmungen über die Endgültigkeit aus der Aufrechnung der Quittungsstellen zur Invalidenversicherung aufzunehmen. Das Sammelbuch tritt somit an Stelle loser Beschlüsse, von denen leicht eine verloren gehen kann.

Im zweiten Teil des Buches befinden sich Rentenbeispiele, Beitragsstaffeln und ein verständlicher Auszug über die Pflichten und Rechte aus dem Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherungsgesetz. Es ist also auch ein überflüssiger Ratgeber in Zweifelsfällen. Das Büchlein ist durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag zu beziehen.

Schließener, „Der Tischlerberuf“. Eine berufsunliche und beratende Darstellung für Eltern und Erzieher, deren Schützlinge den Tischlerberuf erlernen wollen. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin. Preis 1,60 Mark. Eltern, die vor der Frage stehen, ob ihr Junge den Tischlerberuf erlernen soll, kann nicht dringend genug geraten werden, dieses Büchlein zu lesen, bevor sie den Lehrvertrag abschließen. Dann aber sollte es jeder junge Mensch lesen, der den Tischlerberuf als Lebensinhalt und Lebensmöglichkeit erwählt hat.

Die Zwangsauflösung aus arbeitsgerichtlichen Urteilen und anderen vollstreckbaren Urteilen von Erich Sommer. 45 Seiten. Preis 1,35 Mark. Berlin 1929. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Julestr. 6a. Es ist oft leichter, ein obiges Urteil in einem Prozeß zu erlangen, als den Urteilspruch in die Tat umzusetzen. Wie der Prozeßgewinner in der Zwangsauflösung zu seinem Rechte kommt, das zeigt in knapper, leichtverständlicher Form, der Autor in der angeführten Schrift. — Die Beherrschung der hauptsächlichsten Arten der Zwangsauflösung ist mindestens so wichtig wie die Kenntnis einer geordneten Prozeßführung. Deswegen interessiert dieses Büchlein alle, die mit Prozeßführung zu tun haben.

Die Vertretung der Versicherer in den reichsgesetzlichen Krankenkassen. Herausgegeben vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 25 Seiten. Preis 1,25 Mark, für Organisationsmitglieder 0,95 Mark. Berlin 1929. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Julestr. 6a. Die Broschüre zeigt unter Verwendung recht anschaulicher Tabellen und Diagramme die Kräfteverhältnisse in den reichsgesetzlichen Krankenkassen, wie sie sich auf Grund einer Erhebung Anfang 1928 darstellen. Es war allem vor allem wertvoll festzustellen, in welchem Umfang die Erneuerung sich in den Krankenkassen der beteiligten Organisationsarten oder auf dem Wege der Berufung vollzog, d. h. ob bei der Wahlen eine Stimmabgabe erfolgte oder nicht. Hierzu kommen noch weitere Fragen: Wie hoch war die Beschäftigung der Versicherten? Wie oft wurden von den freien Gewerkschaften gemeinsame Listen mit anderen Organisationen erreicht u. a. m.